:antifaschistische nachrichten

Nr. 13

g 3336 20.6.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Protest des Auschwitz-Komitees

Das Auschwitz-Komitee in der BRD e.V. protestierte inzwischen gegen das Vorgehen der Hamburger Polizei und ihres von der FDP angeforderten Einsatzkommandos. Denn parallel zur Podiumsdiskussion mit Möllemann führte das Auschwitz-Komitee seine monatliche Sitzung im Hamburg-Haus durch und geriet so in die Auseinandersetzung.

„Gegründet von Überlebenden der Konzentrationslager, ist es die Aufgabe des Auschwitz-Komitees, Rassismus, Faschismus und Antisemitismus zu bekämpfen," heißt es in der Erklärung vom Tag darauf.

„Deshalb hielten wir es für selbstverständlich, unsere Sitzung zu unterbrechen, um den Polizeieinsatz zu beobachten und unsere Solidarität mit dem legitimen Protest zum Ausdruck zu bringen. Dabei mussten wir ansehen, wie Menschen mit Polizeigewalt und -knüppeln bedroht, geschlagen und verletzt wurden. Selbst die Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, Esther Bejarano, wurde von Polizisten bedroht und bedrängt, als sie ein anderes Mitglied des Auschwitz-Komitees vor Polizeizugriff schützen wollte. Weitere Mitglieder wurden geschubst, bedroht und abgedrängt, obwohl sie sich lediglich beobachtend im Foyer aufhielten. Darüber hinaus drohte die Polizei mit der Räumung des Versammlungsraums des Auschwitz-Komitees."

Davon ließen sich die AntifaschistInnen jedoch nicht beeindrucken. Für sie steht fest: „Auch weiterhin werden wir, das Auschwitz-Komitee, gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus auftreten."

Auschwitz-Komitee in der BRD e.V. ■

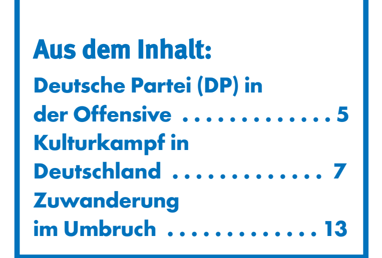

Aus dem Inhalt:



Bild: PG

Gegen Antisemitismus und Rechtspopulismus:

Protest gegen Möllemann-Auftritt

Rund 200 Menschen protestierten am 11. Juni gegen den Auftritt von Jürgen Möllemann beim innenpolitischen Forum der FDP Hamburg.

Die FDP Hamburg, selbst im Bündnis mit Schill, gehört zu den FDP-Landesverbänden, in denen der von Möllemann repräsentierte Kurs der Haiderisierung der FDP große Zustimmung findet. Die „Welt" berichtete in der letzten Woche gar, dass größere Teile des Landesverbandes aufgrund des „Drucks", den der FDP-Vorstand auf Möllemann ausübe, diskutiert hätten, den Wahlkampf für die FDP einzustellen. In diesem Zusammenhang stand dann wohl auch die Einladung Möllemanns.

Angesichts recht kurzfristiger Mobilisierung – zur Kundgebung aufgerufen hatte die PDS, ganz unterschiedliche politische Strömungen beteiligten sich – war die Teilnahme an der Protestkundgebung überraschend gut. In mehreren Beiträgen wurde die Kritik am Antisemitismus Möllemanns und seiner Politik der Brandstiftung geführt. Nach Beginn der öffentlichen FDP-Veranstaltung begaben sich zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Saal, um sich mit Möllemann direkt auseinanderzusetzen. Der schwieg. Dafür ließen seine Parteikollegen den Saal nach einiger Zeit durch die Polizei von den Kritikern räumen, um nach fast einstündiger Unterbrechung ungestört über liberale Grundsätze in der Innenpolitik schwadronieren zu können. Einige mutmaßliche FDPler verließen aus Protest gegen Möllemann und die Räumung den Saal ebenfalls. Die Polizei ging bei der Räumung des Hamburg-Hauses teilweise mit nackter Gewalt vor, u.a. gegen Esther Bejarano, Überlebende des Holocaust und Mitglied des Auschwitz-Komitees. Die über 80-Jährige wurde von Polizisten mit dem Knüppel geschlagen und zur Seite gestoßen (Bild unten, Esther Bejarano ist durch einen Polizisten verdeckt). *scc* ■

Diffuses Bündnis

BICKENBACH. Mehr als 100 Verlage, Medien, Verbände, Initiativen und Parteien unterstützen bislang eine „Resolution zur Wiederherstellung der bisherigen einheitlichen Rechtsschreibung", die von der Vorsitzenden des Vereins „Lebendige deutsche Sprache", Claudia Ludwig und der „Criticon"-Autorin Astrid Luise Mannes aus Bickenbach initiiert wurde. Zu den Unterzeichnern zählen bislang u.a. die evangelische Nachrichtenagentur „idea", die „Junge Freiheit", die LaRouche nahe „Neue Solidarität", die „Deutsche Sprachwelt", das „Ostpreußenblatt", die „Evangelische Notgemeinschaft", der „Bund für deutsche Schrift und Sprache", der „Verein Deutsche Sprache", die Weimarer „Goethe-Gesellschaft", die „Deutsche Verlags-Anstalt", der Düsseldorfer „Grupello-Verlag", der Essener „Klartext-Verlag", die „Bayernpartei", der „Bund Junges Ostpreußen", die „Sudetendeutsche Landsmannschaft" in Österreich, das Rosenheimer „Archiv der Zeit e.V." und der „Freiheitliche Akademikerverband" in Salzburg. Die Unterzeichner fordern von den Kultusministern der Länder die Rücknahme der Rechtschreibreform, denn diese habe u.a. „unsere einheitliche Schriftsprache zerstört", heißt es in der Resolution.

hma ■

DGB als Hauptfeind

HAMBURG. Die aus der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß" hevorgegangenen „Deutschen Konservativen" um den wegen „Volksverhetzung" verurteilten Joachim Siegerist und den CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer geben die Gründung eines Jugendverbandes bekannt. Die „Konservative Jugend Deutschlands" will u.a. „gegen den roten DGB", den „Hauptfeind der Nation" vorgehen, heißt es in einem Rundbrief von Anfang Juni. Neuer Sprecher des Siegerist-Nachwuchses ist Stephan Happe (21) aus Hamburg, ehemaliges Mitglied der „Jungen Union", der meint, „auch künftig politisch unkorrekt bleiben" zu wollen und „Negerküsse, Königsberger Klopse und Zigeunerschnitzel" essen möchte, „statt Roma- und Sintischnitzel". Weitere Schwerpunkte der „Konservativen Jugend" sollen die Pflege der Gräber deutscher Soldaten aus dem 2. Weltkrieg, der Kampf gegen die „Englifizierung unserer Sprache" und der „Kampf gegen Islamisten" sein. Geplant seien selbst „Demonstrationen vor einzelnen Moscheen, die mit Religion nichts zu tun haben, sondern Brutstätten fundamentalistischer Terroristen" seien, so die „Deutschen Konservativen". Eine erste Aktion gegen vermeintliche „Islamisten" wird für die Zeit vom 26. bis 28. Juli „in der Nähe von Oberammergau" vorbereitet.

In der neuesten Ausgabe der „Konservativen Deutschen Zeitung" berichtet Joachim Siegerist auch über sein Verhältnis zu dem ehemaligen „Wiking-Jugend"-Barden Frank Rennicke und dessen Auftritte auf Kongressen der „Deutschen Konservativen". „An fast jedem Abend kommen die Kongreß-Teilnehmer mit Frank Rennicke zusammen und singen deutsche Volkslieder. Wo gibt es das noch", so Siegerist. Und wenn Rennicke, Autor und Interviewpartner des NPD-Organs „Deutsche Stimme" dabei mal wieder „zu weit in die rechte Ecke abdriftet", dann ruft ihm Siegerist – eigenen Angaben – zu: „Rennicke sing, aber halt's Maul und rede nicht über Politik. Davon hast du keine Ahnung". Aber Siegerist ist versöhnlich: „Egal was man ihm anhängt und was die Linken schreiben: Er wird auch künftig unser Gast auf allen Kongressen sein. Wir stehen zu unseren Freunden. Auch das ist für mich konservativ". Der nächste Kongress der „Deutschen Konservativen" soll im Oktober im österreichischen Kärnten stattfinden. Mit Rennicke und Haider?

hma ■

50 Jahre „ÖLM"

ÖSTERREICH/WIEN. Jede Menge Prominenz konnte die deutschtümelnde „Österreichische Landsmannschaft" (ÖLM) anläßlich ihres „Schulvereinstages" am 13. Mai in Wien zum 50jährigen Bestehen des Verbandes begrüßen. Der Festrede des ehemaligen SPÖ-Aktivisten Günther Nenning lauschten so u.a. Dr. Florian Haug, Leiter der kulturpolitischen Abteilung im österreichischen Außenministerium, Hilmar Kabas, FPÖ-Klubobmann, Katharina Grieb von der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM), Rudolf Reimann vom „Verband Volksdeutscher Landsmannschaften in Österreich", Gerhard Zeihsel von der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" in Österreich, Walter Sucher vom „Ring volkstreuer Verbände", Harald Süß vom „Bund für deutsche Schrift und Sprache", Dr. Rolf Sauerzapf und Heiko Möhring vom VDA in der BRD, Dieter Langer von der „Wiener Wirtschaftskammer" und Dieter Schöfnagel vom „Österreichischen Turnerbund". Grüße an die „patriotische Feier" der ÖLM übersandten u.a. Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer (FPÖ), Jörg Haider (FPÖ), Prof. Dr. Wilhelm Brauneder, Dr. Otto Scrinzi, Franz Pahl und Pius Leitner aus dem italienischen Südtirol und Erika Steinbach vom „Bund der Vertriebenen" in der BRD. In einer Entschließung forderte die ÖLM die Österreichische Bundesregierung auf, sie möge „ihr Interesse stärker auf die volksdeutschen Volksgruppen bzw. Minderheiten" ausrichten und „mehr als in der Vergangenheit deren legitime Interessen vertreten und ihnen eine von Fall zu Fall angemessene materielle Hilfe gewähren".

hma ■

Gefährliche Mischung

MARKTOBERDORF. Eine diffuse Mischung aus Esoterik, Mythen und rechter Politik bietet wieder die neueste Ausgabe der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift „Magazin 2000plus". Die im ARGO-Verlag in Marktoberdorf verlegte Zeitschrift der Ingrid Schlotterbeck wartet in ihrer neuesten Ausgabe u.a. mit Abdrucken aus den Zeitschriften „Nation und Europa" und „Code" auf. Eine Werbeanzeige für die neofaschistischen „Unabhängigen Nachrichten" („Deutsche Jugend liest Unabhänge Nachrichten") fehlt ebensowenig, wie positive Besprechungen des im „Hohenrain-Verlag" erschienenen Buches „Schöne vernetzte Welt" von Alain de Benoist, der „Großen Prüfung" des Altnazis Hans Severus Ziegler (Jomsburg-Verlag) und des im „FZ-Verlag" des DVU-Chefs Gerhard Frey herausgegebenen Buches „Prominente ohne Maske – Neu". Neben allerlei Spekulationen über angebliche Hintergründe des Anschlages vom 11. September 2001 nimmt in der aktuellen Ausgabe auch wieder eine Vorstellung der Freiwirtschafts-Theorie des Sozialdarwinisten Silvio Gesell breiten Raum ein.

hma ■

Karsli Interview bei den LaRouchies

DÜSSELDORF. Der nordrheinwestfälische Jamal Karsli, der im April sein Amt nach antisemitischen Äußerungen als migrationspolitischer Sprecher der GRÜNEN abgegeben hat und zur FDP-Fraktion übergetreten ist, hat wenige Tage vor seinem Wechsel der „Neuen Solidarität", dem deutschen Sprachrohr der verschwörungstheoretischen LaRouche-Bewegung, ein Interview gegeben (17/2002). Darin erneuerte er seinen Vorwurf, dass „israelisches Militär Nazimethoden verwendet": „Genau die Methoden, die die Nazis früher angewandt haben, werden in den besetzten Gebieten heute vom israelischen Militär praktiziert." Karsli, der scheinbar selbst zu Verschwörungsmythen neigt, weiter: „Wenn ich mit meinen Kollegen aus der Politik spreche, schauen sie sich zuerst kurz um, ob jemand dem Gespräch zuhört, und wenn wir unter vier Augen reden, dann fangen sie an zu schimpfen, daß sie die Welt nicht mehr verstehen.

Ich hoffe sehr, daß sich bald die Öffentlichkeit in Deutschland ein richtiges Bild von der Welt machen wird. Ein Hauptproblem sind die kontrollierten Medien, die großen Einfluß auf die Politiker ausüben."

Als Retter des Nahen Osten wird in der „Neuen Solidarität" – na, wer wohl? – Lyndon LaRouche, Vorkandidat in der Demokratischen Partei für die Präsidentschaftswahlen 2004, angepriesen.

DISS Archiv Notizen Mai 2002 - am ■

NPD-Parteiausschluss für Holtmann und Frenz

BOCHUM. Auf seiner Sitzung am 18. April in Bochum hat das NPD-Landesschiedsgericht Nordrhein-Westfalen dem Antrag des Parteivorstandes der NPD stattgegeben, die bisherigen NPD-Spitzenpolitiker Wolfgang Frenz und Udo Holtmann aus der Partei auszuschließen. Frenz unterhielt seit September 1961 Kontakte zum Landesamt für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen. Zunächst war Frenz in der „Deutschen Reichspartei" (DRP) aktiv, ab 1964 dann in der NPD. Seit April 1965 war er Mitglied im NPD-Landesvorstand. Holtmann, der 1966 der NPD beitrat und 1977 Mitglied des NPD-Bundesvorstandes und des Parteipräsidiums wurde, lieferte dem Bundesamt für Verfassungsschutz ab 1978 Insiderinformationen. Er war einer der ranghöchsten V-Männer des Verfassungsschutzes.

DISS Archiv Notizen Mai 2002 - am ■

Querelen und Chaos bei „Schill"

HAMBURG. Obwohl antifaschistische Kritik der Schill-Partei bislang kaum etwas anzuhaben vermochte, gärt es innerhalb der Partei. Geltungssucht und Dilettantismus führen zunehmend zu Streitigkeiten, Verstimmungen und beleidigten Rückzügen.

So musste der gerade erst aus der Taufe gehobene Landesverband MeckPomm Ende Mai wieder aufgelöst werden, weil es bei seiner Gründung nur drei statt der von der Satzung vorgeschrieben vier Bezirksverbände gab – der Ortsverband Boizenburg hatte die Vorstandswahlen angefochten. Die Partei bekommt dadurch massive Probleme, da sie sich an der Landtagswahl parallel zu den Bundestagswahlen am 22.9. beteiligen will. Nun muss zunächst die Satzung der Bundespartei geändert werden (so dass Flächenländer nicht mehr benachteiligt sind), und erst dann kann erneut ein LV MeckPomm gegründet werden. Dieser Parteitag findet aber erst am 22.6. statt (in Hamburg, CCH) – die Zeit wird knapp! Dabei hätte die Schill-Partei durchaus Chancen, in den Schweriner Landtag einzuziehen: Bei Umfragen liegt sie um die 5% (allerdings mit abnehmender Tendenz), und es gelang, Honoratioren wie den Präsidenten der Schweriner Industrie- und Handelskammer oder den Präsidenten der Kassenärztlichen Vereinigung MeckPomm zu gewinnen.

Der undemokratische Charakter der Partei wird allmählich auch den Mitgliedern deutlich. Die Landesbeauftragten von Niedersachsen, Thüringen und NRW – das sind die Verbände, die nicht nur unbedingt an den Bundestagswahlen teilnehmen möchten, sondern dafür auch bereit sind, Schill zu entmachten – wurden von Mario Mettbach kurzerhand abgesetzt.



Neue Anträge zum Parteitag sollen nicht mehr zugelassen werden, es handele sich schließlich nur um die Fortsetzung des ersten, der mangels Beteiligung ausgefallen war. Dagegen wurden schon Klagen angekündigt.

Insbesondere das selbstherrliche Verhalten Mettbachs gerät in die Schusslinie, so verlautete aus dem Ortsverband Wandsbek: „Mettbach behandelt die Mitglieder wie ein Offizier seine Rekruten. Auch Anträge aus Wandsbek wurden verhindert. Kritiker werden niedergemacht." Dazu ist eigentlich nur zu sagen, dass die Mitglieder hier das bekommen, was sie anderen an den Hals wünschen: Führung mit harter Hand, klare Befehls-/Gehorsamsstrukturen. Was gibt's da eigentlich zu meckern?

scc ■

Gegen Nazis in Wunsiedel

WUNSIEDEL. Am 17 August soll im oberfränkischen Wunsiedel wieder ein neofaschistischer Gedenkmarsch für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß stattfinden. Dagegen hat sich inzwischen ein breites überregionales Bündnis aus Organisationen und Einzelpersonen formiert. In dessen Aufruf „Kein Heß-Aufmarsch in Wunsiedel" heißt es: „Das ist die Bedeutung der Nazi-Aufmärsche in Wunsiedel: Hier marschiert die Rechte nicht ‚nur' um ihre üblichen Ideologien zu verbreiten. Das Programm ist die Ehrung eines hohen Funktionärs der NSDAP. Wunsiedel soll zum Schauplatz alljährlicher brauner Festumzüge werden. Wenn wir dieser Szenerie nicht sofort einen entschiedenen und wirksamen Protest entgegensetzen, wird der Heß-Aufmarsch zur Normalität, nicht nur in Wunsiedel, sondern in ganz Deutschland. Darüber hinaus wird dieses jährlich wiederkehrende Ereignis die rechten Strukturen stärken und vor allem hat es eine beträchtliche Werbewirksamkeit, nicht nur in Oberfranken, sondern bundesweit. So weit dürfen wir es nicht kommen lassen."

Anders sieht dies anscheinend, einem dpa-Bericht zufolge, der Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, Johann Wittmann. Er wird von der Presseagentur mit dem Satz zitiert: „Wir sollten als Gesellschaft den Mut haben, solche Veranstaltungen zu ignorieren und ins Leere laufen zu lassen."

Der Verwaltungsgerichtshof hatte im vergangenen Jahr das vom Landratsamt erlassene Demonstrationsverbot gegen den Naziaufmarsch in Wunsiedel überraschend aufgehoben.

Wittmann bezieht sich in diesem Jahr auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und das nach wie vor ausstehende Verbot der NPD: „Der Staat muss sich im Umgang mit seinen Gegnern rechtsstaatlichen Prinzipien unterwerfen." Dies nicht als Freibrief für Nazi-Nostalgie und -Propaganda zu werten, ist kaum möglich.

■

Wer die Aktivitäten gegen den Aufmarsch im August in Wunsiedel mit seiner Unterschrift unterstützen will wende sich an: VVN-BdA, Postfach 1257, 95121 Schwarzenbach/Saale, Fax 0921-516 78 49, email: keinhess-marsch@aol.com

Regierung verweigert Studie über rechtsextremes Denken

BERLIN. Trotz ausdrücklichem Beschluss des Bundestages im März letzten Jahres, die Bundesregierung solle eine Studie über die Verbreitung rechtsextremen Denkens in der Bundesrepublik vorlegen, hat die Regierung im Innenausschuss eine solche Studie erneut abgelehnt. Darüber informierte die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke. Diese Weigerung sei insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um Antisemitismus nicht hinnehmbar.

„In Deutschland ist es seit Jahren schlimme Normalität, dass jüdische Ein-

richtungen unter Polizeischutz stehen, Absperrgitter und Panzerwagen Schutz vor Anschlägen gewährleisten, BesucherInnen eine Sicherheitsschleuse passieren müssen. Die Zahl antisemitischer Straftaten ist seit langem auf beängstigend hohem Niveau. Als Juden erkennbare Menschen müssen im Land der Shoah auch heute wieder Angst vor tätlichen Angriffen, Beschimpfungen und Erniedrigungen haben. Die Äußerungen eines Karsli und Möllemann sind nur die Spitze dieses Eisbergs.

In solcher Situation eine Studie über die Verbreitung rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Denkens in Deutschland zu verweigern, ist unverantwortlich. Die letzte Sinus-Studie wurde vor mehr als 20 Jahren vorgelegt.

Wer Aufklärung über Rechtsextremismus und Antisemitismus verweigert, reduziert wirksame Solidaritätsbekundungen mit den in Deutschland lebenden Juden und dem Zentralrat der Juden in Deutschland auf bloße Symbolik."

PM Ulla Jelpke ■



NPD-Zug am 8. Juni durch Leipzig

Worch will weiter nerven

LEIPZIG. Nur einige hundert Menschen beteiligten sich an Protesten gegen zwei zeitgleich von Neofaschisten durchgeführte Aufmärsche am 8. Juni in Leipzig. So zogen die beiden braunen Züge mit etwa 2500 Teilnehmern, begleitet von einem martialischen Polizeiaufgebot, ungestört durch die Innenstadt. Ein Aufzug der NPD setzte sich mit etwa 2000 Neonazis gegen Mittag unter dem Motto „Ruhm und Ehre den Wehrmachtssoldaten" von der Alten Messe aus in Bewegung. Hier ist die am Sonnabend vormittag eröffnete Wanderausstellung über Verbrechen der Wehrmacht des Hamburger Instituts für Sozialforschung untergebracht. An einem von Christian Worch angemeldeten Marsch sogenannter „Freier Kameradschaften", der am Hauptbahnhof begann, beteiligten sich rund fünfhundert Anhänger.

Die Polizei hatte mit ihren aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengezogenen 4000 Einsatzkräften um die Aufmärsche herum ein Areal von etwa fünf Quadratkilometern abgeriegelt. Passanten, die sich nicht als Anwohner ausweisen konnten, durften Polizeisperren nicht passieren.

Etliche Versuche Worchs, Aufmärsche durch Leipzig durchzuführen, waren in der Vergangenheit mehrfach durch Antifaschistinnen und Antifaschisten verhindert worden. Gegen den letzten Aufmarsch Anfang April waren über zehntausend Menschen auf der Straße. Obwohl auch diesmal Gewerkschaften, Parteien und antifaschistische Gruppen zu Aktionen gegen die Neofaschisten aufgerufen hatten, kamen nur etwa 500 Demonstranten zusammen. Eine Gegendemonstration war von Jusos, DGB, PDS und Leipzigs Bürgermeister Wolfgang Tiefensee (SPD) unterstützt worden. Tiefensee bezeichnete den Aufmarsch als „Gefahr für die Demokratie", die Politik müsse nun „endlich darauf reagieren".

Den Ereignissen war das übliche juristische Hickhack vorausgegangen. Die Stadt Leipzig war vor dem Oberverwaltungsgericht Bautzen damit gescheitert, ein Verbot der Aufzüge durchzusetzen. Das Gericht verwarf ebenfalls eine Beschwerde der Stadt gegen den vorbestraften Worch als Versammlungsleiter des „Kameradschafts"-Aufmarsches. Durchgesetzt werden konnte jedoch ein Verbot von Bomberjacken und Springerstiefeln für Teilnehmer der Neonazidemo.

Auch in den kommenden Monaten wird Leipzig von Bildern wie am Sonnabend nicht verschont bleiben. „Wir haben Leipzig genervt und werden Leipzig weiter nerven!", rief Worch seinen Kameraden zu, bevor diese sich auf den Heimweg machten. Vier weitere Aufmärsche hat er deshalb noch für dieses Jahr angemeldet – den nächsten bereits am 6. Juli. *junge welt, 10.6.02* ■

REP wollen „Zentrum der Vertreibung" unterstützen

STUTTGART. Vielleicht hat er ja auch was Gutes, der Antrag der REPs, das von den revanchistischen Vertriebenenverbände geplante „Zentrum der Vertreibung" durch eine Patenschaft und d.h. vor allem durch Geld zu unterstützen. Weil dieser Antrag aus der rechten Ecke kommt, lässt er sich ja vielleicht leichter ablehnen.

Der Antrag der REP: „Höchste Zeit: Patenschaft der Stadt am „Zentrum gegen Vertreibungen": Aus unserer Sicht ist die bisherige Verweigerungshaltung der Stadt in dieser Frage als kleingeistig und in historischer Sicht als blamabel zu bezeichnen. Wir verweisen hier auf die Stellungnahme zu unserem Antrag Nr. 391/2001 vom 13.09.2001. (OB Schuster hatte erklärt: Konzept unklar, Finanzierung problematisch, daher: „mir gäbet nix", d. Red.; siehe http://www.stuttgart.de/sde/menu/frame/top_11021.htm) Gerade Stuttgart ist eine „Vertriebenenstadt" und als Unterzeichnungsort der historischen Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 dem Thema Vertreibung besonders verpflichtet. Baden-Württemberg ist mit Bayern zur größten Heimstätte der deutschen Vertriebenen des 2. Weltkrieges geworden, so dass diesen Bundesländern eine Patenschaft am Zentrum gegen Vertreibungen ein historisches Anliegen sein sollte. Inzwischen haben bereits ca. 350 Gemeinden in 12 Bundesländern an dieser Aktion teilgenommen. ... In Baden Württemberg sind es bereits ca. 50 Gemeinden, darunter auch Backnang, Böblingen und Weil der Stadt aus der Region Stuttgart.Wir beantragen nochmals: Die Stadt Stuttgart stellt sich auch in dieser Frage seiner historischen Verantwortung und erklärt seine Patenschaft am Zentrum gegen Vertreibungen." ■

Signal-Pressefest verboten

KÖLN. Das Verwaltungsgericht Köln hat die Nichtvergabe des Heumarkt der Stadtverwaltung an den Herausgeber der rechtsextremen Zeitung Manfred Rouhs jetzt bestätigt. Rouhs will am 29. Juni in Köln ein „Pressefest" für seine Zeitung „Signal" veranstalten. Die PDS Ratsgruppe befürchtet, dass Rouhs jetzt versucht eine Gaststätte anzumieten. Das Kölner Aktionsbündnis „Köln stellt sich quer" steht mit dem Hotel- und Gaststättenverband NRW in enger Verbindung. Der Verband hat die Mitgliedsunternehmen sofort unterrrichtet. Unter dem Motto „Heißer Sommer gegen Nazis" mobilisiert das Aktionsbündnis gegen einen Naziaufmarsch in Köln und Umgebung. **29 Juni: Treffpunkt 12 Uhr, Sudermannplatz, Nähe Ebertplatz**. *jöd* ■

Parlamentswahl in Frankreich:

Kein Sitz für extreme Rechte

Bei der französischen Parlamentswahl am 9. und 16. Juni fiel die extreme Rechte hinter ihre Resultate bei der Präsidentschaftswahl zurück. Ihre Kandidaten erhalten zusammen im ersten Wahlgang 12,5 Prozent (davon 11,2 Prozent für den FN und 1,1 Prozent für den MNR sowie 0,2 Prozent für rechtsextreme Einzelkandidaturen). Ihre beiden Parteien waren flächendeckend angetreten, aber erhalten keinen Sitz. Dazu hat das Mehrheitswahlrecht mit beigetragen, aber auch die hohe Wahlenthaltung: 36 Prozent im ersten, über 38 Prozent im zweiten Wahlgang. Da die Regel lautet, dass ein Kandidat im ersten Wahlgang von 12,5 Prozent der Wahlberechtigten (nicht der abgegebenen Stimmen) unterstützt werden muss, um im zweiten präsent zu sein, schraubte die hohe Enthaltung die Erfordernisse stark nach oben. Denn 12,5 Prozent der Wahlberechtigten entsprachen in diesem Kontext, in vielen Wahlkreisen, mindestens 18 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die extreme Rechte war am Ende nur in 37 von 577 Wahlkreisen in der Stichwahl präsent. Damit konnte sie die etablierten Parteien dieses Mal nicht behindern. Und sie brachte keinen einzigen Abgeordneten durch.

Ihr Problem besteht darin, dass zwar Jean-Marie Le Pen als „starker Mann" ihre Ideen erfolgreich verkörpert, aber die Medienpräsenz des Chefs nicht ausreicht, um eine Partei auf der lokalen Ebene und im täglichen Leben zu verankern. Hier machen sich die Folgen der Parteispaltung von 1999 bemerkbar, die Le Pen (hinter dem die Wähler stehen) von Bruno Mégret (der die Kader hat) trennte. Die meisten örtlichen FN-Parlamentskandidaten waren profillos oder gar unbekannt. Was die Mégret-Partei MNR – sie erhielt gut ein Prozent – betrifft, so scheint ihr Überleben ernsthaft in Frage zu stehen. Die Wähler der extremen Rechten sind allerdings selten zu besseren Ansichten bekehrt: In spürbar überdurchschtnittlichem Maße haben sie sich der Stimme enthalten. Ein Minderheit hat auch für die konservative Rechte gestimmt.

BhS, Paris ■

„Deutsche Partei" in der Offensive

Auch in Bremen in den Startlöchern

von Thomas Klaus

Bremen. Im nächsten Jahr wird in Bremen die Bürgerschaft, also das Landesparlament gewählt. Dann will auch die weit rechts stehende „Deutsche Partei" (DP) in den Startlöchern stehen. „Wir werden mit einer eigenen Liste antreten", kündigt Reinhold Thiel an. Er wurde auf dem jüngsten Bundesparteitag der DP mit dem Aufbau einer Gliederung im kleinsten Bundesland beauftragt. Diese Order ist Teil einer Offensive, mit der die DP in Deutschland politischen Einfluss zurück gewinnen möchte.

Zuletzt kostete die DP von 1949 bis 1961 von der Macht. Sie war mit Abgeordneten im Bundestag vertreten, stellte Minister in den jeweiligen Bundesregierungen und war auch an verschiedenen Landesregierungen beteiligt. In Niedersachsen stellte sie sogar von 1955 bis 1959 den Ministerpräsidenten; Heinrich Hellwege hieß dieser Regierungschef. Nach den Bundestagswahlen 1957 begann allerdings der Niedergang der Deutschen Partei; dieser Prozess zog sich bis Anfang der sechziger Jahre hin. Damals liefen zahlreiche Mandatsträger der DP zur CDU über. Rund zehn Jahre später hielt die DP nur noch in Bremen und Niedersachsen die Fahne hoch.

Die Neugründung der Partei auf Bundesebene erfolgte 1993. Zur Zeit bilden Hamburg und Bremen einen Landesverband, den Dieter Mansen leitet. Doch dank Thiel soll Bremen schon bald mit einem eigenen Landesverband „glänzen". Dabei dürfte der 57-jährige Lehrer nicht zuletzt seine guten Beziehungen in Vertriebenen-Kreise zu nutzen versuchen. Reinhold Thiel fungiert nämlich als Vorsitzender der Pommerschen Landsmannschaft in Bremen und stellvertretender Landesvorsitzender der Vereinigten Landsmannschaften (BdV) in der Hansestadt.

Während des Parteitages im April 2001 im hessischen Fulda, auf dem Thiel mit seinem wichtigen Mandat ausgestattet wurde, wurden auch in anderer Hinsicht Weichen gestellt. Die Delegierten verabschiedeten einen programmatischen Leitantrag. Der DP-Parteitag sagte auf diesem Wege der „Vermischung der Kulturen auf deutschem Boden" den Kampf an. Denn sie widerspreche dem Ziel, „die deutsche Identität (...) in Kultur, Sprache und Traditionen zu wahren". Auch für die Spaß- und Freizeitgesellschaft hat die DP keinen Deut übrig: Sie sei „eine Illusion und gefährdet die Überlebensmöglichkeit unseres Volkes". Ein weiteres Verlangen der Deutschen Partei: „die Rückführung möglichst vieler Ausländer in ihr Heimatland". Solche Forderungen kann man sich aus DP-Sicht inzwischen erlauben. Denn: „Das deutsche Volk hat für seine Schuld an der Vergangenheit genug gebüßt und bezahlt."

Die aggressiver gewordenen Töne bei der Deutschen Partei, die 1945 zunächst als Niedersächsische Landespartei (NLP) gegründet wurde und 1947 ihren aktuellen Namen erhielt, werden dem neuen Bundesvorsitzenden Heiner Kappel wohl gefallen. Er steht seit 2001 an der Spitze der Partei. Vor diesem Bundesvorsitzenden-Amt hatte der ehemalige hessische FDP-Landtagsabgeordnete schon eine andere Partei angeführt, und zwar bis zum – für sie bitteren – Ende. Der gelernte Theologe Kappel war nämlich Chef des „Bundes Freier Bürger" (BfB) und als solcher Nachfolger von Manfred Brunner, der inzwischen wieder in den Schoß der FDP zurückgekehrt ist; der BfB löste sich Ende 2000 auf. Noch kurz vor dem Exitus des „Bundes freier Bürger" machte Kappel dem Bundesparteitag der „Republikaner" seine Aufwartung. Er hielt dort ein Referat und bekannte sich unter anderem dazu, sich als „Freund unter Freunden" zu fühlen.

Als BfB-Bundesvorsitzender war Kappel kein Freund moderater Töne, und als DP-Vormann hat er sich anscheinend nicht geändert. So schreibt Kappel zum Beispiel auf den Internet-Seiten der DP (auf denen Werbung für die vom Verfassungsschutz beobachtete Wochenzeitung „Junge Freiheit" betrieben wird) mit Blick auf die angebliche Gemütslage der Deutschen: „Die geradezu krankhafte Selbsterniedrigung des eigenen Volkes ist zum Ritual geworden, genau so wie die erbärmliche Anbiederung vor aller Welt." Und er ergänzt: „Wenn die Entwicklung so (...) weiter geht, wird Deutschland und das deutsche Volk keine Zukunft mehr haben."

Was will die DEUTSCHE PARTEI?

Die DEUTSCHE PARTEI will Deutschland als gleichberechtigten Staat in einem Europa der Vaterländer erhalten. Sie steht für die nationale und regionale Solidargemeinschaft, für die kulturelle Wertegemeinschaft der Deutschen und die Freiheit vor ideologischer Reglementierung. Die DEUTSCHE PARTEI fühlt sich der Zukunft des deutschen Volkes verpflichtet, ihr Handeln orientiert sich an dem Amtseid, den Politiker zu leisten haben:

"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe!"



Wir laden alle Bürger, denen die Zukunft Deutschlands nicht gleichgültig ist sich mit uns für die gemeinsamen Ziele einzusetzen.

Ihr Dr. Heiner Kappel

KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz

Im April wurde die neue Gedenkstätte für das ehemalige KZ im Glattbachtal bei Vaihingen/Enz eingeweiht. Anlässlich des 57. Jahrestages der Befreiung (7.4.1945) wurde der Ausstellungsraum mit Fotos, Informationstafeln und einem Modell des Lagers der Öffentlichkeit vorgestellt.

Für die nächste Ausbaustufe der Gedenkstätte ist eine separate Halle mit einer Medieninstallation geplant. Die Besucher werden dann in einer audiovisuellen Schau am authentischen Ort mit dem Schicksal der Häftling konfrontiert. Ein dritter Schritt wird der Bau eines Seminarraumes sein, in dem interaktive Medien und Materialien zur individuellen Annäherung an das Thema (für Schulklassen und Einzelpersonen) bereitstehen. Neben dem Ausstellungsraum sind noch die Fundamente der Bade- und Entlausungsbaracke zu sehen. Auch der Luftschutzstollen für die SS-Wachmannschaften ist noch vorhanden. Ebenso die Weichen und Schienen der Verladeanlagen. Etwa 300 m bergaufwärts liegt der bereits 1958 errichtete KZ-Friedhof. Hier wurden etwa 1490 getötete Häftlinge bestattet (mehr als 600 ermordete Franzosen und Belgier waren schon 1956 in ihre Heimat überführt worden). Dass wären mindestens 2100 Ermordete; bei insgesamt etwas mehr als 4600 Häftlingen im Lager eine sehr hohe Sterberate! Offiziell wird jedoch von 1700 Todesopfern im Lager Vaihingen ausgegangen.



Zur Geschichte des Lagers:

Das KZ Vaihingen/Enz war zunächst im Frühsommer 1944 als „Arbeitslager“ (ein Außenkommando des KZ Natzweiler) errichtet worden. In der Nähe sollte eine unterirdische Flugzeugfabrik (für Jagdflugzeuge der Messerschmitt AG) in einem aufgelassenen Steinbruch der Firma Baresel gebaut werden (Tarnname „Stoffel“). Die Arbeiten wurden unter Aufsicht der Organisation Todt von einer Arbeitsgemeinschaft der Baufirmen Baresel und Karl Kübler durchgeführt. Anfang August 1944 kamen die ersten 2188 Häftlinge an. Vor allem polnische Juden aus dem Getto Radom, die auf der Rampe in Auschwitz „selektiert“ und als arbeitsfähig eingestuft worden waren. Mitte/Ende Oktober wurde das Projekt „Stoffel“ eingestellt und etwa 1800 Häftlinge in die KZ nach Hessental, Bisingen, Dautmergen und Unterriexingen transportiert. 378 blieben im Lager zurück und wurde in verschiedene „Kommandos“ eingeteilt. Erst danach wurde aus dem „Arbeitslager“ ein Kranken- und Sterbelager. Zunächst kamen Anfang November insgesamt 500 Häftlinge aus den Lagern der Gruppe „Wüste“ (Ölschieferabbau auf der Schwäbischen Alb) in Vaihingen an. Bis 11. März folgten 25 Transporte mit 2444 kranken Häftlingen. Anfang Januar 1945 trafen zwei Häftlingsärzte ein, denen aber keine medizinischen Hilfsmittel zur Verfügung standen. So kam es Mitte Februar zu einer Flecktyphusepidemie („Hungertyphus“) mit bis zu 33 Toten täglich. Anfang April 1945 wurden die Gehfähigen nach Dachau transportiert. Dabei übergibt die SS 16 Norweger dem Internationalen Roten Kreuz! Am 7. April wird das Lager schließlich von französischen Truppen befreit.

Die Initiative KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz wurde 1990 mit dem Ziel der Errichtung einer zentralen Gedenkstätte auf dem Gebiet des ehemaligen KZ „Wiesengrund“ gegründet (Landkreis Ludwigsburg). Gelder der Europäischen Kommission, von der Bundesregierung, dem Land, der Stadt Vaihingen, von Banken und zahlreichen Firmen ermöglichten schließlich das Projekt. Durch den Kontakt zu Überlebenden entstanden Berichte, Videoproduktionen und – speziell für die Vorbereitungsarbeit mit Schulklassen – ein Medienkoffer. Die Ausstellung ist Sonntags von 14 bis 17 Uhr geöffnet. Die Gedenkstätte befindet sich in der Nähe des Bahnhofes Vaihingen/Enz (außerhalb der Stadt!) an der Straße nach Kleinglattbach. Beim Ort Unterriexingen (an der Straße nach Oberriexingen) befindet sich der KZ-Friedhof des Unterkommandos Unterriexingen. Der Friedhof ist ständig geöffnet.

Das KZ wurde Anfang Oktober 1944 von 500 Häftlingen aus Vaihingen/Enz errichtet. Insgesamt 650 Häftlingen mussten am Flugplatz Grosssachsenheim und im Steinbruch Unterriexingen/Grosssachsenheim (Tarnname „Gallinit“) arbeiten. Dorthin wollten die Daimler-Benz-Werke Mannheim einen Teil ihrer Produktion verlagern. Auf dem Friedhof sind 250 Häftlinge bestattet worden.

rudi ■

Großer GEIB-Erfolg: Elser-Briefmarke kommt

BREMEN. Großer Erfolg für die Georg-Elser-Initiative Bremen (GEIB): Das Bundesfinanzministerium will im nächsten Jahr eine Sonderbriefmarke zu Ehren dieses relativ unbekannt gebliebenen Hitler-Attentäters herausbringen. Elser hatte am 8. November 1939 – völlig allein auf sich gestellt – einen Sprengsatz in einer Säule des Münchner Bürgerbräukellers eingebaut und gezündet. Um 13 Minuten verfehlte der Anschlag sein Ziel: Adolf Hitler. Am gleichen Abend wurde Georg Elser verhaftet und nach fünfjähriger Einzelhaft noch am 9. April 1945 im Konzentrationslager Dachau ermordet. Die Nazis hatten ihn ursprünglich für einen Schau-Prozess nach Kriegsende „aufbewahrt“.

GEIB-Vorsitzender Bernd M. Krause und seine Mitstreiter hatten für hunderte Postkarten aus ganz Deutschland gesorgt: Auf ihnen wurde die Behörde von Hans Eichel zum Handeln aufgefordert. Die bundesweite Aktion war unter anderem von der bremischen Landeszentrale für politische Bildung unterstützt worden. Eine weitere gute Nachricht für Bernd M. Krause: Der neue Verbindungsweg zwischen Otto-Suhr-Straße und Karl-Kautsky-Straße soll nach Elser benannt werden. Diesen Vorschlag der Initiative hat der zuständige Beirat Vahr mittlerweile übernommen.

Nun hofft Krause auf ein pünktliches Erscheinen der Briefmarke zum Termin 4. Januar 2003, dem 100. Geburtstag von Georg Elser. Ebenfalls für Anfang Januar ist eine „Elser-Woche“ in Bremen geplant. Die Georg-Elser-Initiative Bremen arbeitet zurzeit am Programm und würde sich insbesondere über Anregungen für den kulturellen Teil freuen (Kontakt-Telefonnummer: 0421/54 52 86).

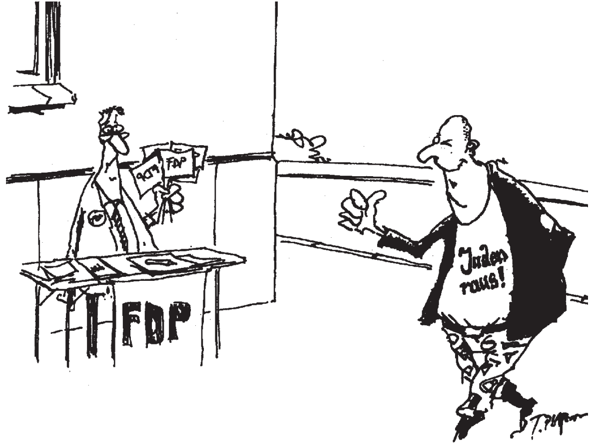
Thomas Klaus ■

Kulturkampf in Deutschland

Im Jahre 1925 veröffentlichte Lion Feuchtwanger den Roman „Jud Süß“. Mit diesem Roman um die historische Figur des Süß Oppenheimer, in der Mitte des 18. Jahrhunderts Finanzberater des württembergischen Herzogs Karl Alexander, versuchte der große Romanschriftsteller, dem damals bereits gefährlich anschwellenden politischen Antisemitismus mit dem Mittel der Wahrheit, der Aufklärung beizukommen. Der Roman sollte zum Verständnis der kulturgeschichtlichen Beziehungen zwischen Christen und Juden in Deutschland beitragen.

Denselben historischen Stoff schlachtete der Filmregisseur Veit Harlan 1940 zu einem antisemitischen Machwerk („Jud Süss“) aus. Als Vorlage diente ihm eine Novelle von Wilhelm Hauff aus dem Jahre 1927, doch war der Film von Goebbels direkt als „Gegengift“ zu Feuchtwangers Roman und seiner Verfilmung durch Lothar Mendes 1934 angeregt und entsprechend konzipiert. Feuchtwanger hat gegen diese Verfälschung seines Romans heftig protestiert. Jud Süß verkörpert in dem Film alle Stereotype des Antisemitismus: Er ist geldgierig, intrigant, verschlagen, niederträchtig und auf jeden Fall fremd. Höhepunkt ist die Vergewaltigung der „arischen“ Heldin und die „sühnende“ Hinrichtung des Juden. Dass die antisemitische Geschichts- und Romanfälschung möglich war und dabei zu einem gewaltigen Publikumserfolg wurde (über 20 Mio. Zuschauer sahen den Film innerhalb kürzester Zeit), lag an der Bereitschaft des Publikums, die Differenz zwischen Juden und Christen in Deutschland durch die Vernichtung der Juden „aufzuheben“. Lion Feuchtwanger hatte versucht, dieser Gefahr dadurch beizukommen, dass er seine Figuren komplex gestaltete und in ihren kulturellen Ausprägungen und Differenzen zeigte; heute würde man sagen, in der Hoffnung, diese Differenz produktiv zu machen.

Dieser rationalistische, analytische Weg, dem Antisemitismus beizukommen, ist im Kampf mit den Faschisten und ihren Kulturproduzenten unterlegen. Er ist nicht aufgrund mangelnder Qualität seiner Argumente unterlegen, sondern der Gewalt des Staates. Die Ausgrenzungspraxis und das Vernichtungsdenken der Nazis sucht sich seine Legitimationsunterlagen von überall her zusammen. Der kritische, analytische Rationalismus wendet sich an die Urteilskraft des Einzelnen. Er scheiterte hier an einer Bewegung, die den Kultus des Politischen, von Autorität und Führung zum Wesenszug der Lebensgestaltung erhoben und mit der ganzen Gewalt des Staates gestützt und aufgeherrscht hatte.



Nun hat Walser einen Roman geschrieben, der in einem – dies wird wohl von niemandem bestritten – gängigen gesellschaftlichen Konflikt (zwischen Literaturkritiker und Autor) die Differenz zwischen Juden (säkularisiert oder nicht) und Christen (säkularisiert oder nicht) entfaltet. Der Roman liegt öffentlich nicht vor. Trotzdem lässt sich nach dem Studium der vorliegenden Artikel, des Schirrmacher-Briefes in der FAZ, des in der „Welt“ abgedruckten Roman-Auszuges, der kontroversen Kommentare in den Feuilletons, der verschiedenen Stellungnahmen von Walser selbst, von Stellungnahmen von Schriftsteller-Kollegen und von Marcel Reich-Ranicki die Feststellung treffen, dass er Eigenheiten des Literaturkritikers, die durch den kulturellen Hintergrund geprägt sind, bei seiner Romanfigur maßlos verzerrt, dadurch als „Fremdes“ heraus- und dabei zugleich antisemitische Stereotype hineinarbeitet.[1] Ob Walser den christlich-deutsch-germanischen Hintergrund des Schriftstellers ebenso herausstellt wie den jüdischen Hintergrund des Kritikers? Dafür finden sich bisher keine Anzeichen. Der eine scheint wie selbstverständlich Norm, die den anderen zur Abweichung, zum Fremden macht.

Wozu das, und warum gerade jetzt? Warum ist die Sache gefährlich?

Walsers Roman steht im Kontext seiner breit diskutierten und von vielen Seiten mit großem Beifall aufgenommenen Paulskirchen-Rede. Dort warf er die Frage auf, ob die politische Gemeinschaft der BRD in ihrer Willensbildung weiterhin Rücksicht nehmen müsse auf Gefahren, die sich aus ihrer Vergangenheit ergeben.[2] Walser hat das verneint. Seine Rede war weniger ein Diskussionsbeitrag als eine Tat. Er hat mit dieser Rede getan, was er gefordert hat. Damit fand er Anklang, besonders bei jüngeren Intelligenzlern. Warum?

Oberflächlich konnte man meinen, dass es Walser um die Verteidigung des Rechts auf eine freie Entwicklung der Diskussion gehe. Warum soll ich mich, bloß weil ich Deutscher bin, an der Beurteilung gewisser Fragen, moralischer und politischer, behindert fühlen? Wer mich hindern will, mir ein Urteil zu gewissen Fragen zu bilden und dieses Urteil auszusprechen, beschneidet meine Menschenrechte. So kam Walser an. So funktioniert auch die Verbindung mit dem politischen Liberalismus. So etwa begründet sich die Gegenkritik, die jetzt z.B. in der Süddeutschen Zeitung Walser gegen die Angriffe der FAZ in Schutz nimmt.[3]

100-facher Einspruch gegen Möllemann
Journalisten mischen sich in die Debatte ein

Mehr als 100 renommierte Journalisten und Medienschaffende haben eine Erklärung unterzeichnet, die den Titel „Einspruch!“ trägt. Sie bekunden darin ihre Solidarität mit Michel Friedman. „Jürgen W. Möllemann hat unseren Kollegen Michel Friedman rassistisch angegriffen und verletzt. Dagegen verwahren wir uns“, heißt es darin. Ausdrücklich betonen die Unterzeichner das Recht auf Kritik, sowohl an der Person Friedmans, wie an der Politik des Staates Israel als eine demokratische Selbstverständlichkeit. Diese Kritik dürfe sich jedoch nicht auf die Religion beziehen: „Wer das eine mit dem anderen verquickt, argumentiert rassistisch und legitimiert Antisemitismus.“

Zu den Erstunterzeichnern gehören unter anderen der Intendant des ORB, Hansjürgen Rosenbauer, der ARD-Chefredakteur Hartmann von der Tann, die Chefredakteure des BR, HR, SFB, ORB, SWR, SR, Sigmund Gottlieb, Manfred Krupp, Petra Lidschreiber, Johannes Unger, Michael Zeiß, Elke Herrmann, der Leiter des ARD-Hauptstudios Thomas Roth und der Börsenmoderator Frank Lehmann. Zeitungsjournalisten wie Henryk M. Broder, Josef Joffe, Hellmuth Karasek und Jochen Siemens gehören ebenso dazu, wie die Schriftstellerin Eva Demski, die Verleger Wolfgang Ferchl und Edmund Jacoby, die Schauspielerin Hannelore Hoger, der Kabarettist Christian Springer, die Publizistin Gisela Marx und die Filmemacher Rosa von Praunheim und Andres Veiel. ❑

Doch wird dabei das freie Urteil mit dem rücksichtslosen verwechselt. Hier trifft sich Walser direkt mit Möllemann, der gegen die Kritik seines Antisemitismus reklamiert: „Man muss in Deutschland Kritik an der Politik Sharons üben können, ohne in diese Ecke geschoben zu werden.“ Tatsächlich war er eingestiegen mit folgender Stellungnahme zum Nah-Ost-Konflikt und den palästinensischen Selbstmordattentaten: „Ich würde mich auch wehren, und zwar mit Gewalt: Ich bin Fallschirmjägeroffizier der Reserve. Es wäre dann meine Aufgabe, mich zu wehren. Und ich würde das nicht nur im eigenen Land tun, sondern auch im Land des Aggressors.“ Ihm ging es bei der behaupteten Kritik an Israel – um Deutschland. Was sich als Kritik an Sharon tarnt, ist das wütende Bestreben eines deutschen Fallschirmjägeroffiziers, dem deutschen Gemeinwesen vollendete Ellbogenfreiheit zu verschaffen, alle Mittel zur rücksichtslosen Durchsetzung seiner Interessen zurückzugewinnen, den Krieg wie das Kriegsverbrechen.

Die Verwechslung des freien mit dem rücksichtslosen Urteil ist nicht zwangsläufig. Man kann ihr entkommen.

Die erste, einfachste Möglichkeit besteht darin, die Mitbürger mit jüdischem kulturellem Hintergrund als Teil Deutschlands mitzudenken. Sofort würde klar, welche unerhörten Vorleistungen an Verständnis, Rücksicht, Differenziertheit diese Mitbürger erbringen müssen und erbringen. Sie berücksichtigen nämlich, dass die Schuld für die Verbrechen des Faschismus den später Geborenen nicht auf die gleiche Weise als moralische, rechtlich zu ahndende und persönlich vorhaltbare Schuld vorgehalten werden kann wie den Tätern. Diese Rücksicht wird von den Opfern des Faschismus, wie jeder Verständige leicht wahrnehmen kann, seit Jahrzehnten erbracht. Allein diese Beobachtung könnte schon reichen, um jedem Einzelnen klar zu machen, dass auf diesem Feld der Auseinandersetzung Rücksicht und Verständnis kultiviert werden müssen.

Die zweite Möglichkeit ist zugegeben schwieriger. Die Individuen nehmen Verantwortlichkeit nicht nur wahr, indem sie sich mit sich selbst, ihren Handlungen, ihrer Biografie, ihren Werturteilen auseinandersetzen. Sie nehmen Verantwortlichkeit auch wahr, indem sie sich mit dem Komplex der Lebensumstände auseinandersetzen, die sie vorfinden, in die sie hineinwachsen und deren Gültigkeit sie durch ihre tagtägliche Praxis untermauern. Die Verantwortlichkeit des Bürgers für das politische und gesellschaftliche Handeln muss in Rücksicht nehmen, dass mit dem Absterben und Verschwinden der unmittelbar persönlich verantwortlichen Täter(-generation) die Ursachen der Tat nicht verschwunden sind. Es handelte sich dabei nicht einfach um die Zusammenrottung einzelner Personen zu einem furchtbaren Verbrechen, sondern um ein Staatswesen, eine gleichgeschaltete Kultur, einen Lebenszusammenhang; um ein System von Werten, Normen, Bräuchen, Traditionen, das eine eigene Subjektivität entwickelt und eigene Entwicklungen durchmacht. Zwar wirken die handelnden Personen auf die charakteristischen Eigenschaften eines solchen Systems, doch zieht das als Daseinsbedingung vorgefundene System den Personen, die in ihm – und auch durch es – leben, Grenzen, die durchbrochen werden müssen. Die Bräuche, Verfahrensweisen, Ideologien etc., die es tradiert, schärfen sich den Individuen ein, wenn sie sie nicht durch kritisches Nachdenken, kritisches kulturelles Engagement und durch politische Gesetze aufbrechen.

In diesem Zusammenhang kann man nicht „unbefangen“ urteilen. Es ist schon viel erreicht, wenn die kulturelle und politische Befangenheit, in der sich die Urteilenden befinden, bedacht wird.

Gegen diesen Prozess des Bedenkens richtete sich Walsers Paulskirchen-Rede. Sein neuster Roman lässt, so scheint es, erkennen, welchem Ziel solche Bedenken im Wege stehen: Es geht um den Anspruch einer deutschen Leitkultur, die durch Rücksichtslosigkeit geprägt ist. Walsers Schandtat ist, den Juden zum Fremden in Deutschland zu machen. Auf diesem Wege bedient er das durch und durch deutsche und lebensgefährliche Fehlurteil, dass kulturelle Differenzen in einer Gesellschaft gefährlich sind und nicht bestehen sollten.

In einem hat Walser Recht. Die Vergewisserung der deutschen Geschichte und die Auseinandersetzung mit dem kulturellen und politischen Komplex des Deutschtums haben Rückwirkungen auf das politische Handeln. Walser und andere spüren diese Rückwirkungen als Fesseln, die es abzustreifen gilt. Außenpolitisch geht es dabei um den Anspruch, Interessen mit Gewalt durchzusetzen. Innenpolitisch geht es um die Homogenisierung der Gesellschaft und in der Folge darum, Mitbürger zu Fremden zu machen, Fremde als Gefahr zu sehen und Gefahr durch Gewalt bereinigen zu wollen.

maf, scc ■

1 „Nehmen Sie Ehrl-König und die Frauen“, heißt es etwa an einer Stelle des Romans. „(…) Am liebsten waren ihm natürlich Mädelchen, aber wenn's keine gab, nahm er auch Mädels. Frauen findet er langweilig. Unzumutbar. Besonders doitsche.“

2 „Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung. Was durch Ritualisierung zustande kommt, ist von der Qualität des Lippengebets. Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk, eine ganz gewöhnliche Gesellschaft?“

3 z.B. SZ, 31.5., S. 18 „Die Rache ist mein, spricht der Autor“. Dort heißt es z.B.: „Darf ein deutscher Schriftsteller einen Roman schreiben, in dem er, wie unter Dichtern seit Jahrhunderten üblich, vom Mord an seinem Kritiker träumt, auch wenn dieser Kritiker Marcel Reich-Ranicki heißt? Diese Frage rührt an eine überaus empfindliche Stelle: Denn jüdische Kritiker sind, aus verständlichen Gründen, in Deutschland seit dem Holocaust von der symbolischen Rache ausgenommen. Die tatsächliche Überlegenheit des Kritikers gegenüber dem Dichter wäre dann um einen entscheidenden Grad weitergetrieben: Er dürfte sich nicht wehren, nicht einmal in der Phantasie. Die Auseinandersetzung zwischen Autor und Kritiker fände unter zutiefst unfairen Bedingungen statt.“



Aus: taz

Wann trennt sich die FDP von Herrn von Stahl?

Die Probleme der FDP sind größer als Herr Möllemann. Die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ erschien jetzt zum vierten Mal hintereinander mit einer ganzseitigen Anzeige, in der Alexander von Stahl für die „Junge Freiheit“ wirbt. Der FDP-Politiker war von 1990 bis 1993 Generalbundesanwalt. Er musste wegen Pannen bei der Fahndung nach RAF-Mitgliedern zurücktreten. „Ich lese gerne eine unabhängige Zeitung. Sie auch?“ lässt er sich auf der Werbeseite in den Mund legen, die „Junge Freiheit“ in der Manteltasche.

Von Stahl hat schon vor Jahren bewusst versucht, die FDP auf Haider-Kurs zu bringen. Für eine längere Zeit haben er und seine politischen Freunde die Politik des FDP-Landesverbandes Berlin bestimmt. Er hatte aber auch gute Kontakte in den nordrhein-westfälischen Landesverband der FDP, insbesondere zum ehemaligen Düsseldorfer Regierungspräsidenten und damaligen Landesvorsitzenden der FDP, Achim Rohde. Auch Rohde wollte die FDP auf Rechtskurs bringen.

In der 1986 gegründeten Zeitung „Junge Freiheit“ schreibt von Stahl seit Jahren regelmäßig. Das Blatt, das auch vom Verfassungsschutz für rechtsextrem gehalten wird, ist eine der verbreitetsten Zeitungen der Neuen Rechten und versucht bewusst eine Brücke zwischen offen faschistischen und konservativ-liberalen Kräften zu schlagen. Zu von Stahls Mitautoren gehören REP-Chef Schlierer und NPD-Anwalt Horst Mahler, der die Terror-Anschläge vom 11. September in den USA ausdrücklich als Schläge gegen den „US-Imperialismus“ und das „Weltjudentum“ begrüßte.

Das Interview, in dem Möllemann-Freund Jamal Karsli mit seinen Äußerungen über den angeblichen „weltweiten Einfluss“ der „zionistischen Lobby“ hemmungslos antisemitische Vorurteile bediente, führte ebenfalls die „Jungen Freiheit“.

Herr Möllemann legt „Altliberalen“ wie Frau Hamm-Brücher und Herrn Baum ausdrücklich den Austritt aus der FDP nahe. Umgekehrt stellt sich die Frage, wann die FDP-Parteispitze endlich auf die Ausflüge von Herrn von Stahl in die Braunzone reagieren will. Jede Distanzierung von rechter, antisemitischer Stimmungsmache bleibt halbherzig, solange Herr von Stahl seine Fäden weiter als FDP-Mitglied ziehen kann.

Wolfgang Freye, Sprecher für antifaschistische Politik im PDS-Landesvorstand NRW ■

„Menschenrecht auf Heimat weltweit dauerhaft sichern“

„Zentrum gegen Vertreibungen“ soll nach Wroclaw

Die Frage ist nicht mehr, ob, sondern nur noch, wo. Dass das vom Bund der Vertriebenen seit Jahren geforderte „Zentrum gegen Vertreibungen“ mit Unterstützung des deutschen Staates errichtet wird, kann seit dem 16. Mai als sicher gelten.

An diesem Tag diskutierte der Bundestag über drei Anträge – einen von den Unionsparteien, einen weiteren von der FDP und einen dritten von der rot-grünen Regierungskoalition –, die sich in ihrem Kernanliegen gleichen: Sie befürworten allesamt die Errichtung des „Zentrums gegen Vertreibungen“. „So viel Übereinstimmung gab es selten“, kommentierte der CDU-Abgeordnete Norbert Lammert die Debatte, in der nicht einmal die PDS grundsätzliche Einwände gegen das „Vertriebenen“-Projekt vorbrachte. Die drei Anträge liegen zur Zeit dem Kulturausschuss des Bundestages zur Bearbeitung vor; es ist nicht auszuschließen, dass sie noch in dieser Legislaturperiode im Parlament verabschiedet werden. Voraussetzung ist, dass bis dahin eine Einigung über den Standort des Zentrums erzielt werden kann.

Die „Vertriebenen“ und die Unionsparteien wollen es in Berlin ansiedeln – am liebsten „in räumlicher und geschichtlicher Nähe“ zum Holocaust-Mahnmal, wie die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach einmal formulierte. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel hat dagegen im Februar vorgeschlagen, das Zentrum im polnischen Wroclaw zu errichten, und er kann dabei auf die Unterstützung der Grünen und polnischer Intellektueller rechnen.

Die Option für Wroclaw hat mehrere Gründe. Der vielleicht wichtigste: Ein „Zentrum gegen Vertreibung“ in Wroclaw würde den Anschein erwecken, es sei ein „europäisches“ Projekt und nicht eines, das lediglich deutsche Ansprüche stützt. Es würde ferner Polen von Beginn an in die Formulierung der deutschen Ansprüche einbinden – einen der Staaten also, die von einem „Recht auf Heimat“ für die „Vertriebenen“ direkt betroffen sein werden und genügend Grund zum Widerstand dagegen haben. Ein „Zentrum gegen Vertreibung“ in Wroclaw könnte schließlich sogar an alte Traditionen der polnischen Ostpolitik anknüpfen und damit längst abgeschlossene Debatten wieder zum Leben erwecken.

Dass das „Zentrum gegen Vertreibung“ deutsche Ansprüche stützt, ist offensichtlich. „Sein Ziel und seine Aufgabe ist es, Strategien zu entwickeln, um das Menschenrecht auf Heimat weltweit dauerhaft zu sichern“, erklärte der FDP-Abgeordnete Hans-Joachim Otto am 16. Mai im Bundestag. Dabei geht es um mehr als nur um die freie Wahl des Wohnortes in einer osterweiterten EU. „Das Heimatrecht führt zu Volksgruppen- bzw. Minderheitenrechten, das Freizügigkeitsrecht nicht“, erklärte der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft kürzlich beim Sudetendeutschen Tag, und das macht auch die Stoßrichtung des „Zentrums gegen Vertreibung“ deutlich: Es sollen letztendlich weit gehende „Volksgruppenrechte“ für deutsch sprechende Minderheiten außerhalb Deutschlands durchgesetzt werden, eine uralte Forderung deutscher Volkstumspolitik also.

Mit der Einbindung Polens in das „Zentrum gegen Vertreibung“ wäre ein wichtiger Schritt zur Europäisierung des Zentrums und damit auch der deutschen Forderung nach einem „Recht auf Heimat“ getan. Daneben könnte es Deutschland gelingen, über die Europäisierung des Zentrums das Potsdamer Abkommen endgültig auszuhebeln. Was sie von dem Abkommen hält, hat die rot-grüne Bundesregierung zuletzt deutlich gemacht, als sie den neuen deutschen Generalstab (offizielle Bezeichnung: „Einsatzführungskommando“) ausgerechnet in Potsdam ansiedelte – in der Symbolstadt des preußischen Militarismus, in der die Alliierten 1945 die völlige Entmilitarisierung Deutschlands verfügt hatten.

Das „Zentrum gegen Vertreibung“ soll jetzt – so Norbert Lammert (CDU) im Bundestag – die „europäische Übereinstimmung“ zum Ausdruck bringen, „dass Vertreibungen unschuldiger Menschen aus ihrer angestammten Heimat – wodurch auch immer sie veranlasst gewesen sein mögen – immer Unrecht sind.“ Gemeint ist auch die Umsiedlung der Deutschen, die im Potsdamer Abkommen geregelt und immerhin durch die historisch einzigartige deutsche Vernichtungspolitik in Osteuropa veranlasst worden war.

Gelingt es Deutschland aber, die Umsiedlung der Deutschen als „Unrecht“ anerkennen zu lassen, dann muss irgendwann folgen, was jede Rechtsprechung auf Unrecht folgen lässt: Die Entschädigung. Die materiellen Ansprüche, die Deutschland früher oder später geltend machen könnte, haben die Tschechische Republik zu ihrer klaren Haltung bezüglich der sogenannten Benes-Dekrete veranlasst. Der Versuch, Polen in das „Zentrum gegen Vertreibung“ einzubinden, zielt auch darauf ab, die Tschechische Republik hinsichtlich ihrer eindeutigen Ablehnung der deutschen Ansprüche zu isolieren.

Warum aber sollte sich Polen in das „Zentrum gegen Vertreibung“ einbinden lassen, wenn deutsche Entschädigungsforderungen die Folge sein könnten? Vielleicht, um das Schlimmste zu verhindern. Kurz vor der Bundestagsdebatte schrieb der Herausgeber der auflagenstärksten polnischen Tageszeitung, Adam Michnik, einen Offenen Brief an den deutschen Bundeskanzler und den polnischen Ministerpräsidenten, der auf der Titelseite seiner Zeitung sowie in der deutschen „Welt“ abgedruckt wurde. Ein „Zentrum gegen Vertreibung“ in Wroclaw, so Michnik, wäre kein „Museum nur deutschen Leidens und deutscher Klage, das Täter zu Opfern machte (...), sondern ein Museum der Katastrophe und ein Zeichen der Erneuerung unseres gemeinsamen Europas“. Zahlreiche polnische PolitikerInnen, darunter Staatspräsident Alexander Kwasniewski, scheinen diese Hoffnung zu teilen.

Möglicherweise reichen die Überlegungen auf polnischer Seite jedoch tiefer. 1945 wurden in Wroclaw nach der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung der Stadt 600.000 Menschen aus der heutigen Ukraine angesiedelt. Wroclaw wäre also der geeignete Ort, um – so Michnik in seinem Offenen Brief – auch an die Millionen Polinnen und Polen zu erinnern, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge der Westverschiebung Polens aus der heutigen Ukraine umgesiedelt wurden. Die polnische Vergangenheit von Teilen der Ukraine käme wieder auf die Tagesordnung.

Damit aber wäre es möglich, an eine außenpolitische Debatte anzuknüpfen, die die polnische Politik vor allem während des Ersten Weltkrieges und davor in zwei Strömungen teilte. Deren eine setzte auf gute Beziehungen mit Russland und zielte darauf ab, den polnischen Staat relativ weit im Westen zu errichten – unter anderem in Gebieten, die damals zu den Ostgebieten des Deutschen Reichs gehörten. Die andere zog es vor, in enger Anlehnung an das Deutsche Reich zu handeln und Gebietsgewinne auf russischem Territorium zu erzielen. Die europäische Nachkriegsordnung hat die Westverschiebung Polens festgelegt. Die deutsche Neuordnung Europas dagegen scheint nach einer Aushebelung des Potsdamer Abkommens Polen gegen den Osten in Stellung bringen zu wollen. *Jörg Kronauer* ■

Dieser Text verdankt zahlreiche Informationen der Internetpublikation „Informationen zur deutschen Außenpolitik“ (www.german-foreign-policy.com), die regelmäßig über die deutschen Hegemonialbestrebungen berichtet.

Auch in der Immigrationsbevölkerung gibt es eine Wählerschaft für Jean-Marie Le Pen bei Präsidentschaftswahlen, auch wenn sie gegenüber dem landesweiten Durchschnitts-Ergebnis schwächer ausgeprägt ist.

Wer wählt Le Pen und warum?

Dritter und letzter Teil

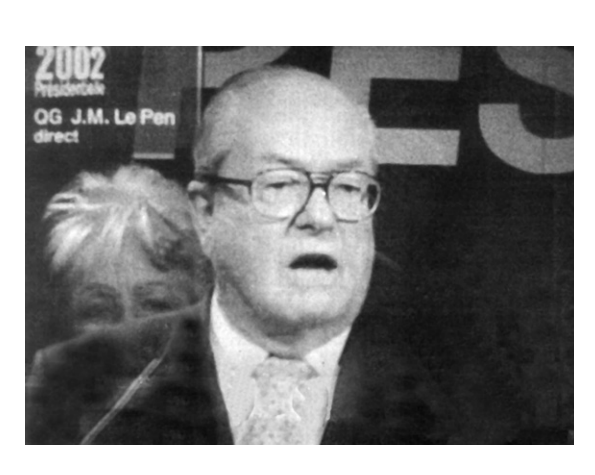
Immigranten und Le Pen-Wählerschaft

Die Zeitschrift Marianne publiziert in ihrer Ausgabe vom 29. April 02 eine präzise Aufschlüsselung des Wahlverhaltens jener Franzosen und Französinnen, die mindestens einen eingewanderten Vorfahren haben. Das Resultat ist in zwei Richtungen aufgeschlüsselt. Beim ersten Mal geht es um die Frage, ob der Zeitraum, um den die Einwanderung der Familie nunmehr zurückliegt, einen Einfluss auf das Wahlverhalten hat. Dabei stellt sich heraus, dass die Generationenabfolge einen gewissen Einfluss hat. So wählen – der Statistik von Marianne zufolge – 12 Prozent der Einwandererkinder der zweiten Generation (d.h. deren Eltern nach Frankreich eingewandert sind), während dieser Wert in der dritten Generation (deren Großeltern eingewandert sind) auf 18 Prozent ansteigt und damit genau im Landesdurchschnitt liegt. Das könnte man immerhin als Anzeichen einer gelungenen Integration betrachten. Tatsächlich sind diese Zahlen wenig aufschlussreich, da in dieser Kategorie Einwanderer unterschiedlicher geographischer und sozialer Herkunft, unterschiedlicher Motivation (antikommunistische Weißrussen, Arbeitsimmigranten, spanische Antifranquisten und andere politische Flüchtlinge) und verschiedener gesellschaftlicher Situation zusammengewürfelt sind.

Daher unterscheidet Marianne in einer zweiten Kategorie unter Einwanderer(kinder)n aus unterschiedlichen geographischen Großräumen, wobei dieses Mal allerdings nicht mehr nach dem Zeitraum der Einwanderung unterschieden wird. Es wäre interessant gewesen, beide Kritierien miteinander zu kreuzen.

Demnach stimmen 15 Prozent unter den europäischen Einwanderer bzw. ihren Kindern oder Enkeln für Le Pen. Hingegen sind es „nur" knapp halb so viele, nämlich 7 Prozent, unter den aus dem Maghreb und der Türkei stammenden (also überwiegend muslimischen) Immigranten bzw. ihren Nachfahren. (Andere Herkunftsgebiete sind nicht gesondert ausgewiesen.) Dabei müsste man freilich nochmals genauer unterscheiden. Denn unter den aus Nordafrika stammenden WählerInnen befindet sich eine größere Gruppe von Harkis, so werden jene Algerier genannt, die während des Kolonialkriegs (1954 bis 1962) mit dem französischen Staat zusammenarbeiteten.

Mehrere Zehntausende von ihnen flohen nach 1962 aus Algerien nach Frankreich, manche unter ihren wurden im unabhängigen Algerier Opfer von Übergriffen. Wirklich gelyncht wurden freilich hauptsächlich, die sich der Beteiligung an Grausamkeiten der Kolonialmacht oder der Teilnahme an Folterungen schuldig gemacht hatten. Nicht unbedeutende Teile der Gruppe der Harkis stimmen heute für die extreme Rechte, da sie sich einerseits von Frankreich im Stich gelassen fühlen – Paris kümmerte sich nicht um ihre Geschicke nach der algerischen Unabhängigkeit, und die nach Frankreich Übergewechselten von ihnen erhielten keine spezielle Eingliederungshilfe. Heute werden viele unter ihnen zum Opfer von Rassismus. Darauf reagieren viele von ihnen, indem sie durch eine Art von Überanpassung ihre „besondere Verbundeheit" mit der früheren Kolonialmacht demonstieren. Eine Handvoll von Harki-Aktivisten sind Funktionsträger des Front National.



Zieht man die „Harkis" ab, dann dürfte der Prozentsatz an Le Pen-Wählern unter den maghrebinisch-stämmigen Wählern leicht sinken. Dennoch gibt es ein Wählerpotenzial für Le Pen auch in dieser gesellschaftlichen Kategorie. Die Gründe dafür sind komplex. In manchen Fällen, vor allem unter (oft älteren) Männern, verfängt der autoritäre Aspekt des Le Penschen Diskurses. Mit den Umwälzungen innerhalb einer Gesellschaftsgruppe, die zu Anfang von extrem traditionellen Familienstrukturen geprägt war und in der Immigration erhebliche Rollenveränderungen durchmachte, kommen viele von ihnen nicht zurecht. Oft leiden sie schmerzlich unter dem Niedergang der traditionellen Vaterrolle als Patriarch in vielen dieser Familien. Die Verwerfungserscheinungen, die aus sozialer Krise plus rassistischer Diskriminierung resultieren und viele ihrer Kinder in Kontakt mit Kleinkriminalität, „Unruhestiftern" oder Arbeitslosigkeit bringen, tragen zu solchen Reaktionen bei. In den Augen jener muslimischen Wähler, die für Le Pen stimmen, richtet sich dessen „harte Hand" in erster Linie nur gegen jene, die „für Unruhe sorgen" – was freilich eine fatale Selbsttäuschung ist.

Ein weiterer Grund dürfte darin bestehen, dass Jean-Marie Le Pen gleichzeitig bzw. abwechselnd mit dem antiarabischen Rassismus (der bei seinem Massenpublikum verfängt) und dem gegen Juden und Jüdinnen gerichteten Antisemitismus (der seinen Weltverschwörungs-Theorien Nahrung gibt) spielte. Das Perverse ist, dass er damit auf beiden Ebenen – bei manchen Mitgliedern der jeweiligen Zielgruppen eines der beiden Diskurse – einen gewissen Zuspruch finden konnte, auch wenn er wohl schwächer als in der Gesamtbevölkerung ausfällt. Ein (kleiner) Teil der arabischstämmigen Wähler stimmt aus den genannten Gründen für Le Pen. Jene Elemente, die vom Diskurs des radikalen Islamismus versucht sind, stören sich daran nicht, sondern befördern diese Tendenz eher noch: Denn auch sie sind gegen eine „Vermischung" der Immigranten mit der übrigen Bevölkerung, um einen „Sittenverfall" zu verhindern.

Umgekehrt hat es auch Zuspruch für Le Pen unter manchen Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft gegeben, meist vor dem Hintergrund eines antiarabischen bzw. muslimischen Angstgefühls und/ oder Rassismus. (Das jüngste Aufflammen antijüdischer Aggressionen, als vermeintliche Konsequenz aus dem israelisch-palästinensischen Konflikt, hat letztere erheblich verschärft.) Nicht zuletzt der Chef des CRIF (Repräsentativer Rat der jüdischen Institutionen in Frankreich), Roger Cukiermann, der freilich der stramm rechten kommunitaristischen Strömung innerhalb der jüdischen Community angehört und in den Reihen des CRIF durchaus stark umstritten ist. Als erste Reaktion auf den Wahlerfolg von Le Pen am 21. April erklärte er hocherfreut in der israelischen Tageszeitung Haaretz: „Es ist ein Signal für die Muslime, dass sie ruhig bleiben sollen." Infolge von Protesten (die aus einer antifaschistischen Reaktion anderer Teile der jüdischen Community hervorgingen) behauptete Cukiermann in der Folge, er sei lediglich falsch übersetzt worden, was aber vollkommen unglaubwürdig ist. Erstens hat er keinerlei Richtigstellung in den israelischen Medien eingefordert, andererseits handelte es sich beileibe nicht um den er-

sten verbalen „Ausrutscher“ von Roger Cukiermann. In den folgenden Tagen war der Druck auf ihn allerdings stark genug, dass Cukiermann sich am Ende der ersten Woche nach dem 21. April veranlasst sah, in Le Monde gegen Le Pen Stellung zu nehmen und zur Wahl von Jacques Chirac in der Stichwahl aufzurufen.

Welche Themen bewegen die Le Pen-Wähler?

Was sind die Themen, die die Le Pen-Wähler am 21. April bewegten ? Darüber geben die Medien reichlich Auskunft. Das Thema Nummer Eins lautet ohne jeden Zweifel : Law & Order.

Für 58 Prozent der Wähler im nationalen Durchschnitt, aber 74 Prozent der Le Pen-Wähler erschien „die Sicherheit“ als eines jener Themen, die ihre Wahlentscheidung am stärksten beeinflusst haben. (Nach der Wahlauswertung in der konservativen Tageszeitung Le Figaro vom 23. April.) Nicht unbedingt ein Wunder am Ausgang eines Wahlkampfs, in dem beide großen Blöcke der etablierten Parteien massiv auf dieses Thema gesetzt hatten. (Der Pariser linksliberalen Tageszeitung Libération zufolge lauten die Zahlen: 53 Prozent für die Gesamtwählerschaft, 73 Prozent für jene von Jean-Marie Le Pen.)

Diesem Thema folgt in der Rangfolge jenes der „Immigration“. Die Einwanderung bildete bei diesen Wahlen ein entscheidendes Thema für eine Minderheit der Wähler (18 Prozent laut Le Figaro, 11 Prozent laut Libération), aber für einen weit bedeutenderen Teil der Le Pen-Wähler : 60 Prozent laut dem Figaro, 30 Prozent Libération zufolge. Die Unterschiede zwischen den Zahlenangaben resultieren oftmals daraus, dass die Zahl der zur Auswahl angebotenen Themen im einen Fall größer war als im anderen.

Nahezu die Gesamtheit der übrigen Themen erscheint in den Augen der rechtsextremen Wählerschaft als weniger wichtig. Dies gilt für die Arbeitslosigkeit: ein wichtiges Thema für 38 Prozent der Wähler laut dem Figaro (23 Prozent laut Libération), aber nur 31 Prozent der Le Pen-Wähler (bzw. nur 16 Prozent unter ihnen laut Libération). Das gleiche gilt für die heikle Frage der Renten(reform): Die Frage ist für 27 bzw. 19 Prozent der Wähler wichtig (Figaro/Libération), aber nur 22 bzw. 16 Prozent jener, die für Le Pen stimmten. Das gleiche gilt für die Frage der Armut und Verelendung, die im Figaro zur Auswahl gestellt wurde: Sie hat eine höhere Bedeutung für 31 Prozent sämtlicher Wähler, aber nur 19 Prozent der Le Pen-Wähler.

Selbst die Frage der Löhne und Kaufkraft – die ja auch ihre eigene ist – interessiert die Lepenisten weniger. Die Frage ist wichtig für 20 Prozent der Wähler laut Figaro (9 Prozent laut Libération), aber nur 14 bzw.8 Prozent derer, die für Le Pen stimmten. Von Themen wie Umweltschutz brauchen wir in diesem Zusammenhang gar nicht erst anzufangen.

Was die Le Pen-Wähler hingegen ferner noch zu interessieren scheint, sind zwei Themen: Erstens „die Senkung der Steuern“. Dieses Thema, das eine zentrale Rolle in der FN-Agitation spielt, interessiert 20 bzw. 14 Prozent der mitstimmenden Franzosen (Figaro / Libération) – doch 20 bzw. 17 Prozent der Lepenisten. Zum zweiten interessierte „die Korruption“ nur circa 7 Prozent der Wählerschaft, aber leicht überdurchschnittliche 9 Prozent in jener von Jean-Marie Le Pen.

Das mag überraschen, da die soziale Zusammenhang der FN-Wählerschaft darauf hindeutet, dass diese in ihrer Mehrheit eher sozial schlecht gestellt ist. So stimmen knapp 15 Prozent jener, die ihre Situation als „eher begünstigt“ betrachten, für die extreme Rechte – doch 26 Prozent unter denen, die die ihrige als „(eher) benachteiligt“ bezeichnen. Das Phänomen kann jedoch so interpretiert werden, dass jene Wähler, die sich für Le Pen entscheiden, nicht (oder nicht mehr) an politische, rationale, solidarische Lösungen der sozialen Probleme glauben. Die diffuse Gewalt in den Banlieues in denen sich die sozialen Probleme wie in einem Brennglas konzentrieren – auf welch letzteres wiederum die Medien ihren Blickwinkel fokussieren – erwächst aus der sozialen Prekarität. Selbstverständlich sind die, vom Neoliberalismus hervorgerufenen sozialen Verwerfungen hier nicht spurlos vorübergegangen. Zugleich verstärkt sie das subjektive Erleben dieser prekären Lebenssituation, die von Ellenbogenmentalität geprägt ist. Damit hängt der Erfolg vor allem des Law and Order-Diskurses der extremen Rechten zusammen.

Die Verschiebungen zwischen den beiden Wahlgängen

Ein Teil der Le Pen-Wähler aus dem ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl am 21. April haben in der Stichwahl nicht erneut für den FN-Chef gestimmt. Dieser Anteil beträgt Le Figaro (7. Mai 02) zufolge 20 Prozent, Libération zufolge gar 30 Prozent. Letztere Angabe ist jedoch kaum glaubwürdig, da die durch dieselbe Zeitung dargestellten Wählerströme ansonsten nicht erklären könnten, dass Le Pen im zweiten Wahlgang an absoluten Stimmen (knapp) hinzugewonnen hatte. Auf jeden Fall muss Jean-Marie Le Pen also zwischen dem 21. April und dem 5. Mai zusätzliche Wähler hinzugewonnen haben, denn sein Resultat in absoluten Stimmen in der Stichwahl liegt um rund 50.000 Stimmen oberhalb des gemeinsamen Ergebnisses von Le Pen/ Mégret zwei Wochen davor.

Libération und Le Figaro geben hierzu ziemlich unterschiedliche Angaben wieder. Dabei scheinen die Angaben des Figaro (der die Ergebnisse von Umfragen, nach eigenen Angaben zufolgen, mit „eigenen Berechnungen“ vermischt) kaum glaubwürdig, betrachtet man die soziale Verteilung der Le Pen-Wählerschaft am 5. Mai. Denn der konservativen Tageszeitung zufolge kommen angeblich weit mehr Stimmenzuwächse (zwischen den beiden Wahlgängen) von der Linken, als von der Rechten. Das ist nicht glaubwürdig, denn beispielsweise im Raum Paris lagen die Hochburgen Le Pens im ersten Wahlgang in proletarischen Vierteln (18. und 19. Stadtbezirk), im zweiten Wahlgang jedoch in großbürgerlichen Quartieren (8. und 16. Pariser Bezirk, Neuilly-sur-Seine). Hier kommen die Wähler wahrscheinlich aus der Anhängerschaft des Ultraliberalen Alain Madelin, der in den zuletzt genannte Quartieren am 21. April überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hatte. Eine Erklärung fände das Phänomen – gute Absichten seitens des Figaro einmal vorausgesetzt – darin, dass die der Analyse zugrunde liegenden Faktoren (bspw. das Kriterium „sozialer Protest“) die Resultate verzerrt haben, da andere wichtige Faktoren vernachlässigt wurden.

Halten wir – aus den genannte Gründen – die Angaben von Libération in diesem Fall für glaubwürdiger, dann ergibt sich folgendes Bild : Mit 10 Prozent ist der Wählerzuwachs aus dem Potenzial des Ultraliberalen Alain Madelin besonders bedeutend. (Dem Figaro zufolge beträgt er dagegen angeblich nur 3 Prozent.) Die Rechtskatholkin und Abtreibungsgegnerin Christine Boutin, die im ersten Wahlgang gut ein Prozent erzielte, wird in Libération nicht erwähnt – sogar der Figaro sieht 20 Prozent ihrer Wähler am 5. Mai zu Le Pen überlaufen. Die Wählerschaft des linksnationalistischen EU-Gegners Jean-Pierre Chevènement war demnach (mit 6 Prozent Überläufern zu Le Pen) leicht überdurchschnittlich versucht. Auf der Linken hingegen war diese Versuchung eher schwach, mit null Prozent Wählerwanderung zu Le Pen aus der Wählerschaft der KP und der radikalen Linken. (Dem Figaro zufolge waren es angeblich zwischen 4 und 5 Prozent.)

Aus der Gruppe der Nichtwähler hingegen war der Wählerzuwachs für Le Pen schwach, mit circa 3 Prozent. Dies findet seine Erklärung darin, dass der FN-Chef hier seine Reserven bereits im ersten Wahlgang voll ausgeschöpft hatte, indem er auch seine weit entfernten potenziellen Sympathisanten mobilisiert hatte. Dies findet seinen Grund in dem enormen Zirkus, der in fast allen Medien vor der Präsidentschaftswahl rund um Le Pen veranstaltet wurde – aufgrund seiner Schwierigkeiten, die 500 Unterstützungs-Unterschriften für die Kandidatur zu finden.

Bernhard Schmid, Paris ■

Demo gegen den Abschiebekomplex in Ingelheim

am Samstag, 29.6.02 um 14 Uhr ab Bahnhof Ingelheim

Der Abschiebekomplex Ingelheim besteht aus drei Bereichen: eine „Notunterkunft für Kommunen“, das Abschiebegefängnis und ein „Modellprojekt“, die „Landesunterkunft für Ausreisepflichtige“ (LufA).

Welches perfide Ziel mit der LufA verfolgt wird, sagt der Leiter der Clearingstelle Rheinland-Pfalz ganz offen: „Hier sollen die Flüchtlinge über die Ausweglosigkeit ihrer Lebensperspektive in Deutschland in eine gewisse Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit versetzt werden.“ (!)

Die vielen Gruppen und Initiatoren der Demo wollen mit ihrem Protest auch zeigen, dass es nicht möglich ist, Menschen lautlos hinter fünf Meter hohen Mauern verschwinden zu lassen!



Hamburg. Nur rund 1000 Menschen nahmen an der Kundgebung am 7.6. gegen die Abschaffung der Ausländerbeauftragten und die Kürzungen im Migrationsbereich teil, zu der der DGB und zahlreiche Vereinigungen aufgerufen hatten.

1. Open-Air-Port gegen „Schilys Asylkläranlage“

FRANKFURT. Zwischen vier- und fünfhundert AntirassistInnen folgten am 8. Juni dem Aufruf des Aktionsbündnisses gegen Abschiebungen zum „1. Open-Air-Port“ auf dem Frankfurter Flughafen. ... Der geplante Auftritt von Bantu, Mitglied des afrodeutschen antirassistischen Bündnis BROTHERS KEEPERS, im Flüchtlingslager selbst war zuvor vom Regierungspräsidium Darmstadt abgelehnt worden. Die Gruppe erklärte am Samstag, an ihrem Vorhaben festzuhalten.

... SprecherInnen des Aktionsbündnisses wiesen während der Kundgebung erneut auf die Rolle des Rhein-Main-Flughafens als Deutschlands größtem Abschiebe-Airport hin und erinnerten an den Flüchtling Aamir Ageeb, der vor drei Jahren in einer von hier aus gestarteten Lufthansa-Maschine umgebracht wurde.

Außerdem gab es Beiträge von Bernd Mesovic, Pro Asyl, Joachim Brenner, Förderverein Roma, und einer Vertreterin von Kanak Attak.

Im Verlauf der Kundgebung installierten AktivistInnen die Gedenktafel für die Opfer von Abschiebungen, eigenhändig auf einem Sockel vor dem Flughafengebäude. Ein Vertreter von Fraport kündigte daraufhin die sofortige Entfernung und Zerstörung der Tafel an und drohte mit einer Strafanzeige.

Wie bereits bei früheren Demonstrationen am Flughafen war auch an diesem Tag der Terminal nur für Personen mit Flugschein zugänglich ...

PM des Aktionsbündnisses, 10.6.02 ■

No Border – No Nation No Control – Das europäische Camp in Strasbourg 2002

Vom 19.-28. Juli 2002 werden sich hunderte Anti-KapitalistInnen, Anti-RassistInnen und selbstorganisierte MigrantInnen aus ganz Europa zu einem internationalen Aktionscamp in Straßburg treffen um dem „Inneren Sicherheitswahn“, der Ausbeutung durch Ausgrenzung und dem „Krieg gegen den Terrorismus“ ihre Visionen der Welt entgegen zu setzen. Unter anderem soll am SIS (Schengen Informations System), der ersten supranationalen Fahndungsdatei, protestiert werden.

Als 1998 an der deutsch-polnischen Grenze das erste Grenzcamp stattfand, konnte sich wohl kaum eine/r der TeilnehmerInnen vorstellen, dass es nicht lange dauern würde, bis die Grenzcamps zum festen Bestandteil der Sommergestaltung der antirassistischen Bewegung in ganz Europa würden. Seither trafen sich tausende AktivistInnen an den Grenzcamps in Deutschland, im südspanischen Tarifa, in Lendava im slowenischen-ungarisch-kroatischen Grenzdreieck, in Krynick an der Grenze zwischen Polen und Weißrussland oder auf Karawanen.

Die Idee der Grenzcamps war im Ursprung denkbar einfach: während der Verkehr von Waren und Dienstleistungen und Kapital durch die Politik erleichtert wird, gilt die Bewegungsfreiheit nicht für alle Menschen. Durch eine Abschottungspolitik der EU wird die Migration in erwünschte und unerwünschte Menschen geteilt. Der Versuch die Grenze zu überwinden endet für unerwünschte MigrantInnen nicht selten mit dem Tod. Diejenigen, die es über die Grenze schaffen, werden durch neue Sicherheitsgesetze immer mehr mit der organisierten Kriminalität gleichgestellt und bieten als Illegalisierte oder „sans papier“ die billigste Arbeitskraft auf dem EU-Arbeitsmarkt. Die Grenzcamps sollen auf diesen Widerspruch im herrschenden Globalisierungsdiskurs aufmerksam machen. Durch eine spektrenübergreifende Begegnung und Zusammenarbeit, einer Mischung aus konfrontativen öffentlichen Aktionen und vielfältigen Diskussionen soll Austausch stattfinden und Protest artikuliert werden. Wie mit dem Camp am Frankfurter Flughafen deutlich gemacht wurde, stehen auch die inneren Grenzen im Visier.

Auch im Sommer 2002 werden mehrere Camps stattfinden: Mindestens zwei in Deutschland, eins an der Russisch-Finnischen Grenze und eins in Polen. Doch abgesprochen haben sich sämtliche europäischen Zusammenhänge, um sich gemeinsam in Straßburg nochmal zu treffen. Das erste international organisierte No Border Camp wird zur Zeit von einem bunten Haufen europäischer Organisationen und Zusammenhänge gestaltet.

Für Samstag den 27. Juli soll es eine gemeinsame Abschlussdemo oder Aktion geben. Die genaue Form und Ausrichtung wird noch diskutiert und soll sich auch aus der Dynamik des Camps ergeben. Das Camp ist in einem antiautoritären Rahmen organisiert und lebt von der Beteiligung und Eigeninitiative der Teilnehmenden. Diese temporäre autonome Zone steht im Gegensatz zu den vorhersehbaren Gegengipfelmobilisierungen und bietet einen guten Rahmen für Austausch und Aktion.

Der Diskurs des „Kampfes gegen den Terrorismus“ und der „inneren Sicherheit“ ist eine hauchdünne Fassade. die es anzukratzen gilt. Die Begegnung und der Austausch verschiedener politischer und sozialer Strömungen untereinander kann dazu beitragen eine neue Kraft zu entwickeln. um sich jenseits der künstlichen Teilung der Welt in „Gute“ und „Böse“ zu artikulieren. Also Zelte packen und auf nach Straßburg! *jub* ■ *(gekürzt)*

Infos: http://www.nadir.org/nadir/archiv/Antirassismus/grenzcamp01, http://www.dsec.info. SIS: gute Informationen unter www.statewatch.org. Kontakt: www.noborder.org, www.noborder-strasbourg.st.fr, festival-permanent@voila.fr, Mouvement des Immigrés de Banlieue: http://mibmib.free.fr

140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten auf der Bundeskonferenz der Ausländerbeauftragten von Bund, Ländern und Gemeinden am 28./29.5 in Wolfsburg aktuelle Fragen der Ausländer-, Flüchtlings- und Integrationspolitik. Die verschiedenen Resolutionen und Debatten im Überblick:

Bundeskonferenz der Ausländerbeauftragten:

Zuwanderungs- und Integrationspolitik im Umbruch

Am Anfang der Konferenz stand der Protest gegen die Absichten der Länder Hamburg, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Ausländerbeauftragte abzuschaffen. In Hamburg soll bereits am 30.6. die Ausländerbeauftragte durch einen ehrenamtlich arbeitenden Integrationsrat ersetzt werden. In Sachsen-Anhalt hat die CDU/FDP-Regierung die „Eingliederung der Ausländerbeauftragten in das Ministerium des Innern" (Koalitionsvertrag) beschlossen. In Brandenburg hat die mitregierende CDU angekündigt, diesen Plänen zu folgen. Die Bundeskonferenz protestiert gegen diese Planungen. Ähnlichen Entwicklungen auf kommunaler Ebene (z.B. München) sollte entschieden entgegen getreten werden. Diese Ausländerbeauftragten haben bisher weitgehend weisungsungebunden gearbeitet und die Integrationspolitik der jeweiligen Landesregierung kritisch begleitet. Der Verdacht drängt sich auf, dass hier unliebsame Interessenvertreter abgeschafft bzw. in ihrer Arbeits- und Artikulationsmöglichkeit beschränkt werden sollten.

Ehrenamtliche Beiräte oder die Stärkung der Ausländer- und Aussiedlerreferate im Innen- oder Sozialministerium können weitgehend unabhängige Ausländerbeauftragte nicht ersetzen. Die Gestaltung des Zuwanderungsgesetzes braucht neben Verwaltungsinstitutionen arbeitsfähige Querschnittseinrichtungen, die das Verwaltungshandeln und die Integrationsprozesse in den Ländern und Gemeinden kritisch begleiten und damit Interkulturalität von Gesellschaft, Politik und Verwaltung einfordern.

Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes

Sowohl für die Mehrheitsgesellschaft wie für die bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten und die zukünftig Einwandernden werden sich nach diesem Gesetz maßgebliche Änderungen einstellen. Besondere Skepsis wurde darüber geäußert, wie die Ausländerbehörden den Spagat zwischen ihrer bisherigen ordnungspolitischen Praxis und den neuen integrationsfördernden Aufgaben schaffen sollen.

Das Bundesinnenministerium wird aufgefordert, möglichst schnell in Zusammenarbeit mit den Ländern, den Ausländerbeauftragten und den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen ein bundesweites Integrationsprogramm zu entwickeln. Bund und Länder sollten umgehend die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, damit

- bei In-Kraft-Treten des Gesetzes die erforderlichen Sprachkurse flächendeckend angeboten, ausreichend finanziert und bewährte Deutschkurse fortgeführt werden können;
- die Finanzierung der Sprachkurse nicht auf Kosten anderer Integrationsförderprogramme für die schon länger in Deutschland ansässigen Migrantinnen und Migranten sichergestellt werden;
- die Teilnahmegebühren insbesondere für den Familiennachzug und für Flüchtlinge sozialverträglich gestaltet werden;
- ein genügend ausdifferenziertes Integrationsangebot bereitgestellt wird, das den unterschiedlichen Lebenslagen der Migranten gerecht wird;
- bei der Anwendung der vorgesehenen Sanktionen im Falle der Nichtteilnahme ausländerrechtliche Härten vermieden werden.

... Die Bundeskonferenz fordert, dass die Ausländerbehörden bereits jetzt mit einer breiten Fortbildung beginnen, um sich auf die neuen rechtlichen Regelungen einstellen zu können. Länder und Gemeinden werden aufgefordert, dort, wo noch nicht vorhanden, besondere Stellen mit einem möglichst hohem Maß an Unabhängigkeit für die neuen Aufgaben einzurichten. Aufgrund der veränderten Aufgabenstellung sollte die Rechtsstellung dieser Beauftragten gestärkt werden. Da zudem die Gastarbeiterära längst vorbei ist, sollten die Ausländerbeauftragten zu Migrations- und Integrationsbeauftragten umbenannt werden.

Die Bundeskonferenz bekräftigt, dass der Erfolg des neuen Gesetzes daran zu messen ist, wie viele aus dem Kreis der bisher Geduldeten einen rechtmäßigen Aufenthalt erhalten werden. Angesichts der Vielzahl der zu entscheidenden Fälle befürwortet die Konferenz eine klare und bundeseinheitliche Altfallregelung, die möglichst viele Fallgruppen eindeutig in einem rechtmäßigen Aufenthalt überführen sollte.

Abschiebeschutz für Minderheitenangehörige aus dem Kosovo

Diskutiert wurden auch aktuelle politische Entwicklungen. So fordert die Bundeskonferenz im Vorfeld der Innenministerkonferenz, den generellen Abschiebeschutz für Minderheitenangehörige aus dem Kosovo zu verlängern, da die allgemeine Bedrohungslage auch nach der Einschätzung des UNHCR und der OSZE fortbesteht.

Altfallregelung für afghanische Flüchtlinge

Die Bundeskonferenz plädierte dafür, bei der Rückkehr von afghanischen Flüchtlingen koordiniert und mit den internationalen Organisationen abgestimmt vorzugehen. Die Beauftragten sprachen sich für eine großzügige Altfallregelung für die diejenigen afghanischen Flüchtlinge aus, denen jahrelang der Flüchtlingsstatus vorenthalten wurde.

Antidiskriminierungsgesetz zügig verabschieden

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zügig und möglichst noch in dieser Legislaturperiode zumindest das zur Zeit diskutierte zivilrechtliche Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden. Dies sollte die Gleichbehandlung von Migranten im Zivilrecht gewährleisten und einen klaren und wirksamen Schutz im Alltag bieten. Es ist unerlässlich, das Merkmal Religion in das Gesetz einzubeziehen, um Diskriminierungen z.B. von Angehörigen der jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften effektiv entgegentreten zu können. Ein Antidiskriminierungsgesetz, das religiöse Diskriminierungen nicht erfasst, verfehlt im Hinblick des Betroffenenkreises sein Ziel. Wichtig ist auch die baldige Umsetzung von Antidiskriminierungsstellen, die die Rechtsdurchsetzung bei Diskriminierungen unterstützen, eine wissenschaftliche Funktion übernehmen und politische Empfehlungen aussprechen. In diesem Zusammenhang muss das gesamte deutsche Recht einer Normbereinigung unterzogen werden. ...

Besonderes Augenmerk ist auf die Aus-, Fort- und Weiterbildung des Fachpersonals zu richten. Wenn das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe von Migranten erreicht werden soll, müssen auch Migrantenorganisationen in die Gestaltung interkultureller Öffnung miteinbezogen werden. Auf diese Weise kann ein Prozess initiiert werden, bei dem eine Diskussion über unterschiedliche Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit sowie deren Prävention und Heilung einen wichtigen Bestandteil darstellt.

rua ■

„Der Mythos vom guten Krieg“: Entzauberte „Amis“

von Thomas Klaus

Politik und Geschichte der Vereinigten Staaten in einem etwas kritischeren Licht zu sehen – das ist seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 schwieriger und unpopulärer geworden denn je. Aus diesem Grund steht zu erwarten, dass das Buch „Der Mythos vom guten Krieg – Die USA und der 2. Weltkrieg“ wenig Verbreitung finden wird. Das ist allemal schade. Denn der kanadische Autor Dr. phil. Dr.rer.pol. Jacques Pauwels hat zahlreiche schmerzliche Fakten zusammengetragen, die das Engagement der USA in der Kriegs-Allianz gegen Hitler-Deutschland anders gewichten und beurteilen lassen. Macht man sich die Lesart von Pauwels zu eigen, heißt es Abschied zu nehmen von der Vorstellung, dass Washington einen moralisch wertvollen Kreuzzug für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte unternommen habe.

Der Verfasser beginnt seine ganz und gar unwissenschaftlich formulierte, gut lesbare und leicht verständliche Untersuchung mit der Feststellung, dass die deutschen Niederlassungen führender US-amerikanischer Konzerne nach der Machtergreifung der Nazis so richtig florieren konnten. Schließlich sei im Zeichen des Hakenkreuzes ein gigantisches Wiederaufrüstungsprogramm gestartet und der Einfluss der Gewerkschaften beseitigt worden. So habe also zum Beispiel die deutsche Filiale von Coca-Cola ihren Verkauf von 243.000 Kisten 1934 auf 4,9 Millionen im Jahr des Weltkriegsbeginns 1939 steigern können. Und auch die Firma Opel als deutsche Niederlassung von General Motors habe allen Grund zur Freude gehabt: Ihr Marktanteil entwickelte sich von 35 Prozent 1933 auf mehr als 50 Prozent nur zwei Jahre später. Nach den Informationen von Pauwels waren im Jahre 1937 immerhin 20 Großunternehmen aus den Vereinigten Staaten gewinnbringend in Deutschland aktiv. Die Nazis duldeten also, dass die US-Eigentümer im Besitz ihrer deutschen Tochtergesellschaften blieben und gewährten ihnen ein gewisses Maß an Kontrolle über die Verwaltung. Nach der deutschen Kriegserklärung an die USA zogen sich zwar die US-amerikanischen Führungskräfte zurück. Doch die deutschen Manager blieben die Gleichen und durften die Interessen der Aktionäre im Feindstaat USA wahren. Während des Krieges verbuchten die US-Dependancen stattliche Gewinne, die sie nicht an die Nazis abgeben mussten (Beispiel: die Ford-Werke, die 1943 rund 2,17 Millionen Reichsmark Gewinn erzielten und somit fast doppelt so viel wie 1939).

Besonders eng soll die Beziehung zwischen dem Nazi-Regime und dem Konzern ITT gewesen sein. Dessen Gründer und Chef Sosthenes Behn sei ein ähnlich großer Bewunderer und Gönner von Adolf Hitler & Co. gewesen wie etwa Torkild Rieber, der Boss des Ölunternehmens Texaco, der die faschistischen Truppen während des spanischen Bürgerkrieges mit illegalen Öllieferungen nachhaltig gefördert habe. Das Fazit von Pauwels nach der Betrachtung der Zusammenarbeit zwischen US-amerikanischen Wirtschaftskreisen und den Nazis: „Ohne amerikanische Fahrzeuge, Motoren, Gummi, Diesel und Schmieröl (...) und ohne die Informationstechnologie von ITT und IBM hätte der Führer von Blitzkriegen, und somit von Blitzsiegen, nur träumen können.“ Von Reichminister Albert Speer ist die Bewertung überliefert, dass Hitler ohne gewisse Arten synthetischen Benzins aus der Produktion US-amerikanischer Firmen nie daran gedacht hätte, Polen anzugreifen.

Ein großer Schandfleck auf der angeblich weißen Weste der USA scheint auch die Verstrickung in die Nazi-Morde zu sein. Jaques Pauwels empört sich in seinem rund 300-seitigen Buch: „Von den Sklavenarbeitern, die die Nazis ihnen zur Verfügung stellten, machten auch viele US-amerikanische Unternehmen Gebrauch.“ Coca-Cola zum Beispiel setzte Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in seinen Fanta-Werken ein, und auch Ford und General Motors legten sich in dieser Hinsicht keine Zurückhaltung auf.

„Für die USA war der Krieg in Europa eine lukrative Angelegenheit“, behauptet Jacques Pauwels. Während der Kriegsjahre sei die Arbeitslosenquote in den Vereinigten Staaten von fast 15 Prozent 1940 auf nur noch 1,2 Prozent 1944 gefallen. 1940 und 1941 habe die US-Industrie vor allem von den Geschäften mit Großbritannien profitiert. Das habe Ölfirmen und Öltrusts in den USA allerdings nicht daran gehindert, heimlich auch mit Hitler-Deutschland einen schwungvollen Handel zu treiben. Der Anteil der USA an Deutschlands Import von lebenswichtigen Ölprodukten kletterte bis September 1941 auf nicht weniger als 94 Prozent, so Pauwels. Seine Schlussfolgerung: „Die deutschen Panzer wären ohne das Benzin, das US-Erdöltrusts lieferten, niemals bis in die Vororte Moskaus gekommen.“ Die Panzer selbst waren ebenfalls häufig letztlich „made in Amerika“: Zeitweilig repräsentierten General Motors und Ford zusammen rund die Hälfte der deutschen Gesamtproduktion an Panzern.

Ein weiterer Vorwurf in dem Buch „Der Mythos vom guten Krieg“: Die alliierte Kooperation von Amerikanern und Russen war seitens der US-Regierung nicht allzu ernst und redlich gemeint: „Hätten die Anglo-Amerikaner 1942 eine Zweite Front eröffnet, anstatt so viel militärisches Kapital in den Luftkrieg und in Nordafrika zu investieren, hätten sie sich Stalin verpflichten können und dann später vielleicht ein höheres Maß an Mitarbeit und Zugeständnissen erhalten; außerdem hätten ihre Truppen dann auch früher und weiter in Europa vordringen können, so dass es auch einfacher gewesen wäre, Stalin entgegen zu treten, wenn er sich nicht dankbar und kooperativ genug gezeigt hätte.“

Ein Beispiel für einen vermeintlich unseriösen „Schulterschluss“ stammt aus der Zeit der letzten Kriegstage. Im Mai 1945 habe ein US-Befehlshaber eine „separate“ deutsche Kapitulation angenommen. Das Ergebnis: Ein Großteil der Zwölften Armee von General Wenck konnte sich hinter den amerikanischen Linien in Sicherheit bringen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die deutschen Soldaten gegen die Sowjets gekämpft. Pauwels: „Diese Nachgiebigkeit passte Amerikas deutschen Feinden hervorragend in den Kram. Denn so konnten Tausende der Sowjet-Gefangenschaft entgehen.“ Den Sowjets, Amerikas Bundesgenossen, sei sie jedoch teuer zu stehen gekommen. Schließlich mussten sie noch drei Tage lang gegen Wencks Nachhut weiterkämpfen. Die Kapitulation oder auch Rettung der Wenck-Armee war laut Pauwels keine Ausnahme. Angeblich habe es sich um knapp die Hälfte aller Wehrmachts-Streitkräfte an der Ostfront gehandelt, die ein ähnliches Ende gefunden hatten.

Auch als es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges um Entschädigungszahlungen ging, sollen die Sowjets von den Amerikanern gehörig über den Tisch gezogen worden sein. Jacques Pauwels bilanziert: „So hat die UdSSR selbst von den beiden deutschen Staaten gemeinsam nie mehr als 5,1 Milliarden Dollar an Reparationszahlungen erhalten, das heißt, kaum mehr als die Hälfte der relativ bescheidenen zehn Milliarden Dollar, die in Jalta vereinbart worden waren. Dies war noch nicht der zwanzigste Teil der Summe, auf die sich eine rea-

listischere spätere Schätzung der sowjetischen Kriegsschäden belief, nämlich 128 Milliarden Dollar."

Mit seinem Werk „Der Mythos vom guten Krieg" hat Jaques Pauwels eine spannende und streckenweise erschreckende Arbeit vorgelegt, die zum Nachdenken über mögliche Geschichts-Verbiegungen zwingt – auch wenn die Trennung zwischen Werturteil und Faktendarbietung an manchen Stellen unsauber ausfällt. ■

Jaques Pauwels, Der Mythos vom guten Krieg - Die USA und der 2. Weltkrieg -, PapyRossa-Verlag Köln, 302 S., 16,50 Euro, ISBN: 3-89438-220-1

Rechte Skinheads

Die Frage, ob Skinheads eine Gefahr von rechts darstellen, ist seit dem Sommer 2000 wieder aktuell. Ein bislang unbekannter Täter hatte in einem Düsseldorfer S-Bahnhof eine Rohrbombe gezündet und dabei zehn Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion schwer verletzt. An der folgenden neuen rechten Gewaltwelle beteiligten sich auch Skinheads. Die Medien sowie die Öffentlichkeit nehmen Skinheads meistens erst dann wahr, wenn sie Gewalttaten begangen haben oder bei neonazistischen Demonstrationen mitmarschieren. Eine genauere Analyse der Skinbewegung unterbleibt vielfach. Dass es auch nicht rechte Glatzen gibt, wird meistens übersehen. Sie werden als Sharp- oder Red^-skins bezeichnet und stehen zu den Naziskins häufig in unversöhnlicher Gegnerschaft. Die vorliegende Arbeit enthält eine der umfangreichsten Analysen von Textaussagen rechtsextremistischer Skinbands. Unter Verwendung einer Vielzahl an Abbildungen und Grafiken gibt der Autor einen anschaulichen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Skinheadbewegung. Ein Schwerpunkt wird dabei auf die Bundesrepublik sowie die ehemalige DDR gelegt. Anhand der Analyse von Szenezeitschriften, CDs sowie Versandlisten wird der Frage nachgegangen, wie sich die in dieser jugendlichen Subkultur vorhandenen rechten Tendenzen äußern und welche Formen sie annehmen. ■

Holger Bredel: „Skinheads – Gefahr von rechts?" Berlin 2002, 420 Seiten, zahlreiche Abbildungen, Preis: 35,20 Euro. Laminierter Einband. ISBN 3-930894-50-5. RHOMBOS-Schriftenreihe Forschung, Wissenschaft und Politik, Band 3. Infos unter: http://free.pages.at/hbredel/Buch/buch.html oder http://www.rhombos.de/onlinesh/jjeo/produkte/skinhead.htm.

Kundgebung des Bündnis gegen Rechts Braunschweig: Samstag 22. Juni 2002, 14 Uhr Friedrich-Wilhelm-Platz, Braunschweig

„Discoland" in Nazihand?

„Massenschlägerei vor Disko am Kalenwall" lautete unlängst eine Schlagzeile der Braunschweiger Zeitung: „Beim Eintreffen der alarmierten Beamten waren etwa 30 Randalierer dabei, auf Besucher einzuschlagen und einzutreten, die vor der Diskothek [Tempel X] standen ... Bei der Schlägerei wurde ein 33 Jahre alter Diskothekenbesucher offensichtlich mit einem Schlagstock verletzt und musste ärztlich versorgt werden" (BZ vom 14. Mai 2002). Eins berichteten Braunschweiger Zeitung und Polizei nicht: Bei den Angreifern handelte es sich um eine Gruppe von Nazis, die bisher vor allem am Madamenweg ihr Unwesen treibt.

Seit Monaten gehen zahlreiche Aktionen und Angriffe auf das Konto dieser Clique, die sich auf ihrer (inzwischen nicht mehr erreichbaren) Homepage „Kameradschaft Skinheads Braunschweig" nennt. Auf ihrer Homepage präsentierten sie sich auf Photos mit „Hitlergruß" und schwarz-weiß-roter Fahne auf einem Spielplatz am Madamenweg. Verantwortlich ist die Bande für zahlreiche Überfälle nicht nur im westlichen Ringgebiet. Unterstützt werden sie dabei regelmäßig von Nazis aus anderen Städten, z.B. aus Magdeburg, Peine und Wolfenbüttel. Dabei sind besonders die Punks, die sich am Park vor dem Bahnhof treffen, immer wieder Ziel ihrer Angriffe.

Für die Polizei handelt es sich bei der Clique lediglich um „Rechte Jugendliche", die sich treffen, „meist um Bier zu trinken ... Einschließlich der Mitläufer habe man es in Braunschweig mit etwa 50 polizeibekannten Rechtsgerichteten zu tun." (BZ vom 22.12.2001). Doch handelt es sich hier nicht um irgendwelche durchgeknallten Jugendlichen. Zu der Gruppe gehören auch Nazis die seit Jahren in der rechten Szene aktiv sind und die gezielt versuchen Organisationsstrukturen aufzubauen bzw. die Anbindung der Jugendlichen an die NPD und ihre Jugendorganisation JN voranzutreiben.

Mit Angriffen gegen alle, die ihrem (Alp-)Traum vom „Großdeutschen Reich" entgegenstehen, versuchen die Nazis sich als Machtfaktor auf der Straße zu etablieren. Dagegen hilft nur eins: sich gemeinsam zur Wehr setzen und nicht wegschauen !!!! ■

Bündnis gegen Rechts c/o Carl-von-Ossietzky-Zentrum, Leopoldstr. 23, 38100 Braunschweig

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Wölfe im Schafspelz

Nation und Europa Juni 2002

Aus der Ideologie speziell des deutschen Faschismus ist der Antisemitismus nicht wegzudenken. Nachdem er aber auf direktem Weg in die Gaskammern von Auschwitz und Majdanek führte sehen sich seine raffinierteren Propagandisten gezwungen, ihre menschenfeindlichen Auslassungen zu bemänteln, sich sogar als Freunde Israels zu tarnen.

Im Juniheft von „Nation & Europa" gibt *Franz Schönhuber* seine Sicht der Dinge zum Thema „Die Juden und wir" wieder und beeilt sich zu bekunden, dass er natürlich kein Antisemit sei: „Ich teile die Haltung Le Pens, der das Existenzrecht Israels in seinen Reden und Schriften immer wieder betont ...". Er selber bezeichnet das treffend als die „Befolgung des ‚Ja-aber' – Syndroms, als „salvatorische Floskel" und falsche Verhaltensweise und kommt dennoch nicht ohne sie aus. Nach dieser Floskel aber kommt Schönhuber zum Wesentlichen: „Antisemitismus gab es überall in Europa, besonders in Rußland und Frankreich. Wie aber konnte es ... in Deutschland zu jenem Antisemitismus kommen, der bis nach Auschwitz führte?"

Auf diese Frage geben Wissenschaftler durchaus unterschiedliche Antworten, für die antisemitische Rechte dagegen gibt es nur eine: Ihr Schicksal haben sich die Juden selbst zuzuschreiben. Bei Schönhuber geht das so:

„Unabhängig von den nahezu täglichen antijüdischen Ausfällen des Joseph Goebbels und den Haßtiraden im ‚Stürmer' des Julius Streicher beobachteten NS-Kreise, die über den Tellerrrand des Regimes hinaussahen, sehr aufmerksam die Vorgänge in Palästina. Sie konstatierten dort ähnliche Rassevorstellungen und registrierten mit Erstaunen, wie in den Kibbuzim, den Vorläufern des Reichsarbeitsdienstes, tatsächlich der neue hebräische Mensch entstand, der sich wesentlich vom traditionellen Bild des Juden unterschied. Schon die damalige Nummer 2 hinter Hitler, Gregor Strasser, knüpfte 1932 mehr oder minder offizielle Kontakte mit Zionisten. Nach seiner Entmachtung und anschließenden Ermordung war es ausgerechnet die SS, die diese Kontakte weiterführte. SS-Offiziere reisten nach Israel, um zu vertraglich gesicherten Ausreisebestimmungen für die in Deutschland lebenden Juden zu kommen.

Diese durchaus hoffnungsvollen Bemühungen wurden jäh unterbrochen, als wenige Wochen nach Hitlers Machtergreifung ein von dem führenden Zionisten Dr. Chaim Weizmann inspirierter Artikel in der britischen Zeitung `Daily Express´ erschien. Darin hieß es: ‚Juda erklärt Deutschland den Krieg. 14 Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen, um Deutschland den Krieg zu erklären'. Für die in Deutschland lebenden Juden bedeutete diese von ihnen nicht autorisierte und von ihren führenden Repräsentanten auch sofort zurückgewiesene ‚Kriegserklärung' eine Katastrophe. Die Scharfmacher im NS-Regime um Heinrich Himmler setzten sich daraufhin durch. Verbindungen mit zionistischen Kreisen in Israel wurden abgebrochen, der Marsch in die Todeslager nahm seinen Anfang".

So einfach ist das also: Hätten die Juden nicht grundlos provoziert, wäre ihnen der Holocaust erspart geblieben. Die Nazis waren gar keine Antisemiten, sie wollten die Juden nur nicht in Deutschland haben sondern nach Palästina abschieben. Mit Feindschaft gegenüber diesen Menschen hatte das nichts zu tun, eher mit Vorsicht: „...die historisch gesicherte Tatsache ... daß die bolschewistische Oktoberrevolution, die in der Folge mehr als 100 Millionen Menschen das Leben kostete, weitgehend von jüdischen Bolschewisten ideologisch vorbereitet worden war". Was sind dagegen schon sechs Millionen ermorderdeter Juden? Was dem „Israelfreund" Schönhuber vorschwebt, ist eine Art antisemitischer Apartheid: „Unsere Konsequenz kann deshalb nur heißen: Wenn schon ein gedeihliches Miteinander nicht möglich ist, dann begnüge man sich mit einem komplexfreien Nebeneinander. Pflegen wir Normalität dort, wo sie möglich ist".

Für die schlichter antisemitischen Gemüter ist *Karl Richter* zuständig, der die alten antijüdischen Stereotypen benutzt: Die Frage ist müßig, was Scharon wirklich will: die Wahlen im Oktober 2003 gewinnen oder als größter Feldherr Israels in die Geschichte eingehen. Den palästinensischen ‚Terror' besiegen oder ein bilisches Groß-Israel aus dem Boden stampfen. ... Bleibt die Palästinenserfrage. Sie ist die niemals heilende Wunde des Judenstaates, denn schon seine Errichtung 1948 ff. wurde mit Blut und Terror, Vertreibung und Landnahme erkauft".

Wie schon beim NATO-Überfall auf Jugoslawien versuchen die Neofaschisten sich bei den Menschen anzubiedern, die Israels Politik kritisieren und für Frieden im Nahen Osten demonstrieren. Die Friedensbewegung sollte auch weiterhin wachsam gegenüber falschen Freunden sein.

Henscheid: Auf dem Weg zu Titanic's Namenspatronin

Junge Freiheit Nr.24/02 vom 7.6.2002

Mitten in die Freude über den genialischen FDP–Joke der Titanic bleibt das Lachen bei der Lektüre der „Jungen Freiheit" doch leicht im Halse stecken. Der doch als integer vermutete Eckhart Henscheid (seines Zeichens renomierter Titanic Mitbegründer) gibt ein Interview zu Walsers neuem Buch, den Reaktionen darauf, zu Möllemann usw. usf.. Darin wird er mit Sätzen wie „Möllemann hat fast alles zurückgenommen – Leider" oder „Wenn Möllemanns Aussagen schon einen Klimawechsel in Deutschland bewirken sollten, dann hat dieser (...) meine Segen" wiedergegeben. Sollte er dies so gesagt haben wäre das an sich schon traurig genug, warum er aber das ihm doch sonst (hoffentlich!) eher wenig verbundene Rechtsblättchen zur Kundgabe wählt bleibt ein Rätsel das sich wohl nur ihm selber erschließt. Satire ist das nicht! Gelächter kommt, wenn dann, nur wegen des gleichen Geschwätz über Rollenprosa und was sie alles darf auf, wie es auch Walser verbraten könnte – beste Gesellschaft Herr Henscheid! Der Chefredakteur des „Satiremagazins" Sonnenborn sah, telefonisch um eine Stellungnahme gebeten, kein Problem im Interview seines Mitarbeiters. Allenfalls zwei Passagen hätte er „anders formuliert"...!

tri, CHR ■